

Arbeitspapier/Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 110
Johannes Christian Koecke/Matthias Sachs (ext.)

Religion – Politik – Gesellschaft **Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage**

Sankt Augustin, Mai 2003

ISBN 3-933714-87-7

Ansprechpartner: Dr. Johannes Christian Koecke
Politik und Beratung
Telefon: 0 22 41/246-623
E-Mail: christian.koecke@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Einleitung

Politik gilt als die *Kunst* des Möglichen, heute wird sie meist nur noch als die *Technik* des Möglichen verstanden: ein System von Abläufen, Entscheidungen, legitimierenden Akten. Man braucht nicht erst das berühmt gewordene Böckenförde-Zitat zu bemühen, um zu erkennen, dass dies allein schon systematisch eine Verengung von Politik ist. Politik operiert in einem Fluidum von Überzeugungen, Werten, Grundentscheidungen, das die Technik des Möglichen erst ermöglicht. Die Kunst ist es, diese Grundlagen zu kennen, ihren Wandel zu verfolgen und mit dem Möglichen in Einklang zu bringen.

Glaube, Religiosität, das Verhältnis von Kirche und Staat sowie die Wertüberzeugungen der Menschen sind entscheidende Grundlagen von Politik. Sie prägen die Atmosphäre einer Gesellschaft, in der Politik sich verwirklicht. Umso wichtiger ist es für Politik, von Zeit zu Zeit eine Bestandsaufnahme zu machen.

Immer wieder nun werden aufgrund von Einzelergebnissen in Umfragen Trends ausgerufen und Entwicklungen konstatiert, die bei umfassender Betrachtung relativiert werden müssen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wollte es deshalb genau wissen und hat eine eigene Umfrage in Auftrag gegeben. Je 1000 repräsentativ ausgewählte Personen über 16 Jahren aus den neuen und alten Bundesländern wurden im Dezember 2002 in Telefoninterviews durch dimap befragt. In den neuen Bundesländern mussten überproportional viele Befragungen durchgeführt werden, um einen repräsentativen Querschnitt zu erzielen. Die Ergebnisse wurden dann gewichtet.

Im vorliegenden Papier sollen die Ergebnisse der Umfrage im Überblick gezeigt werden. Folgende Themenbereiche wurden bei den Fragen berührt:

- Glaube und Religiosität (s. Seite 3 ff.)
- Rolle und Bedeutung der Kirchen (s. Seite 7 ff.)
- Christliche Werte in der Politik (s. Seite 14 ff.)
- Die Union und das „C“ (s. Seite 18 ff.)

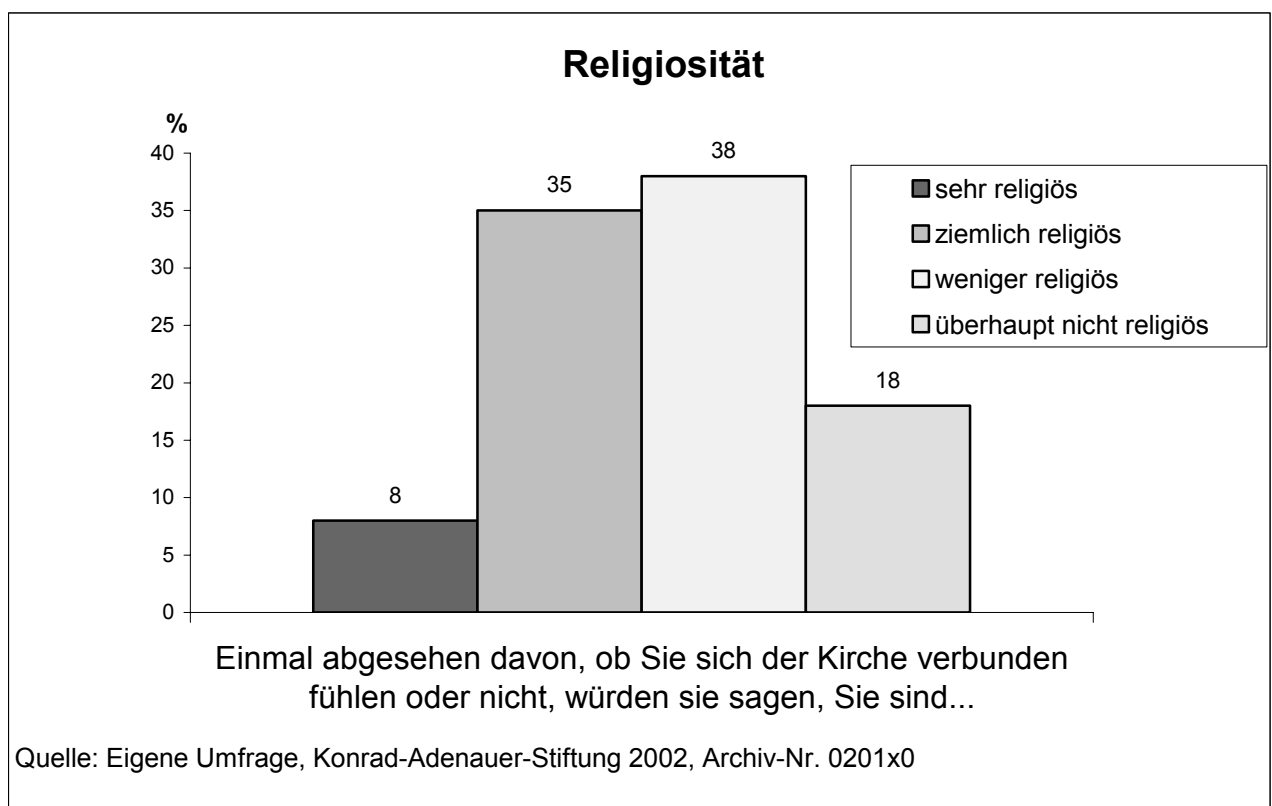
Von den zahlreichen differenzierenden Kriterien, nach denen die Befragten eingeteilt wurden, sollen in diesem Überblick nur

- Herkunft des Befragten aus den neuen oder alten Bundesländern (s. S. 21 ff.)
- Alter der Befragten (s. Seite 23 ff.)
- Parteipräferenz (s. Seite 25 ff.)

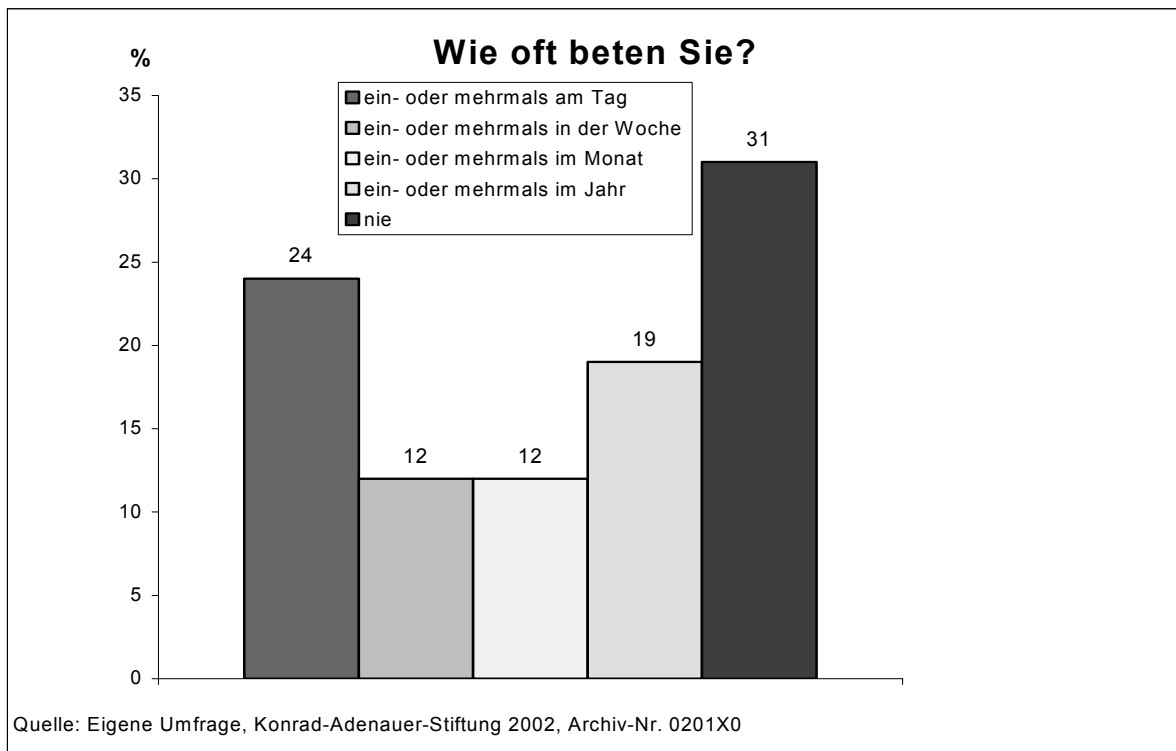
Erwähnung finden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist zur Zeit dabei, ein ausführliche Publikation zu erstellen, in der alle Ergebnisse der Umfrage dokumentiert sind.

Glaube und Religiosität

Zunächst wurde nach der Religiosität im allgemeinen gefragt. Es fällt auf, dass immerhin 43% sich als „sehr“ oder „ziemlich religiös“ bezeichnen. Nur 18% erklären dezidiert, sie seien „überhaupt nicht“ religiös, was auch aus dem hohen Anteil der Befragten aus den neuen Ländern (dort 39%!) zu erklären ist, die diese Antwort gewählt haben (Westdeutschland: 13%). Die Westdeutschen stellen mit 39% den dominierenden Anteil der Antwort „ziemlich religiös“ (Ostdeutsche: 19%).

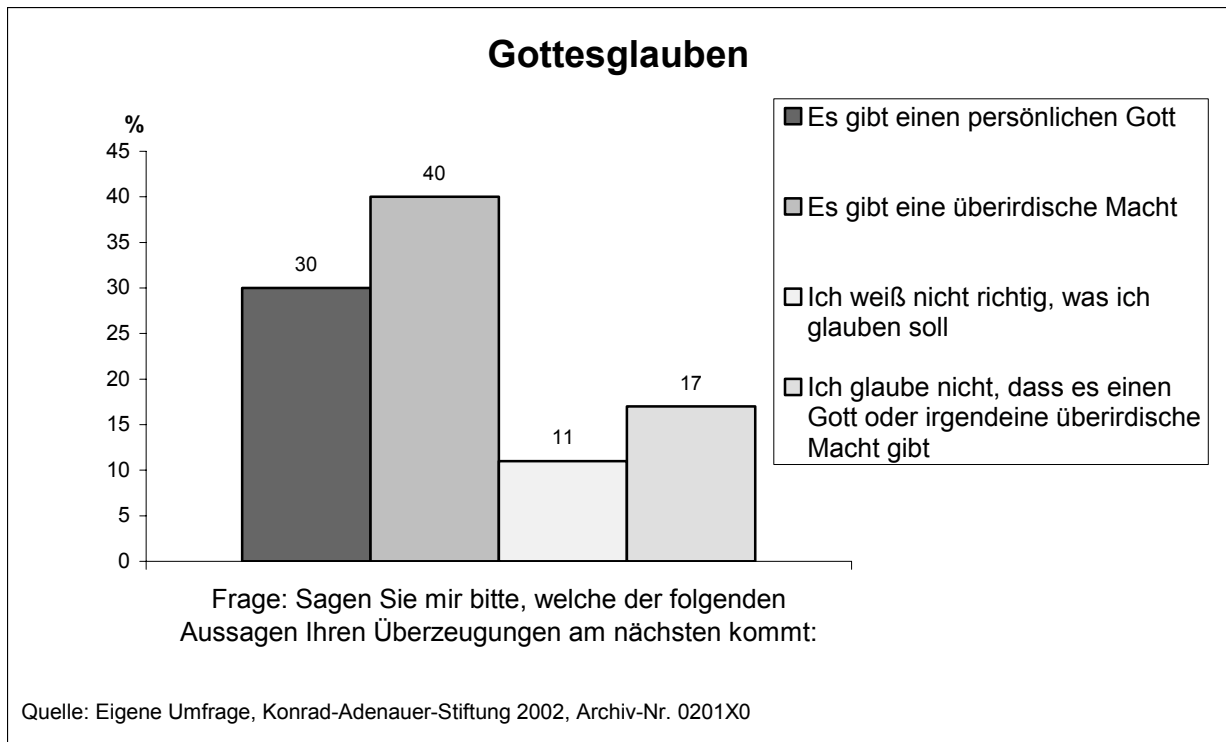


West- und ostdeutsche Unterschiede zeigen sich auch in der Frage nach der Häufigkeit des Betens. Der gesamtdeutsche Anteil derjenigen, die ein- oder mehrmals am Tag beten (24%), hält sich mit dem der Befragten, die nie beten (31%) ungefähr die Waage, nur speist sich die erste Zahl aus dem hohen Anteil der Westdeutschen (28% gegenüber 10% in Ostdeutschland), die zweite aus dem hohen Anteil der Ostdeutschen (59% gegenüber 23% in Westdeutschland).

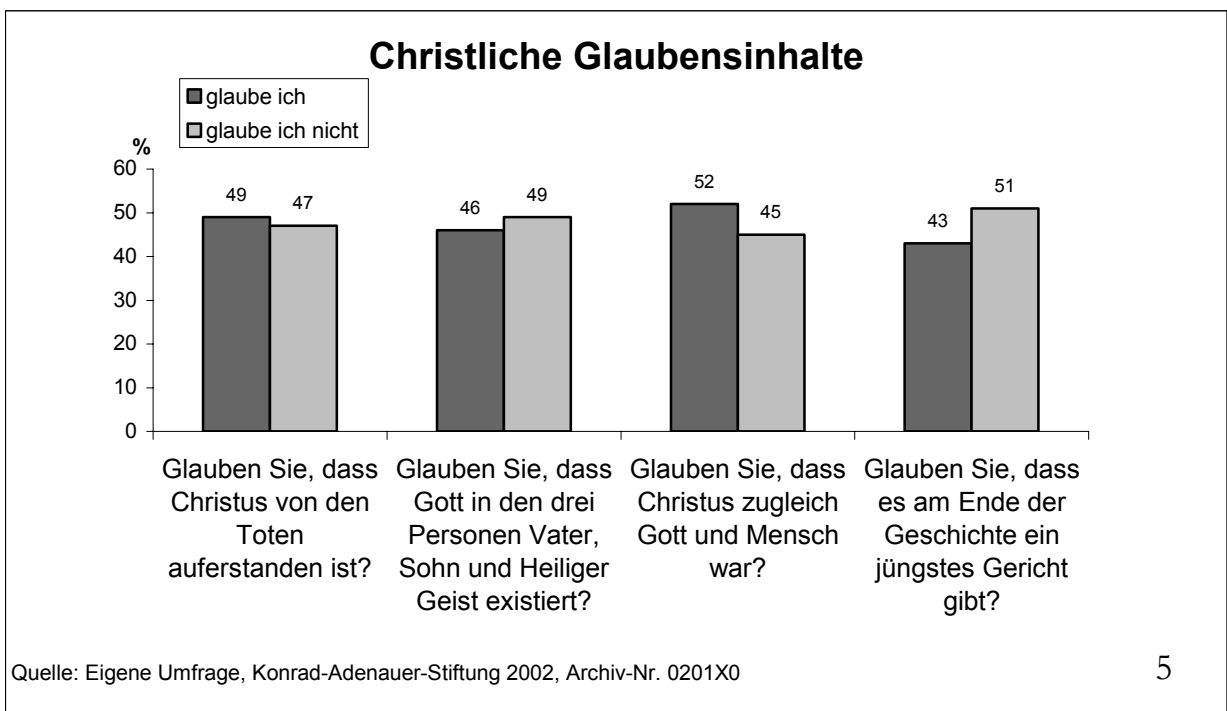


Interessanterweise ist dagegen das „Vaterunser“ als bekanntestes Gebet der Christen nach Angabe der Befragten zu 76% im Wortlaut bekannt (immerhin 48% der Ostdeutschen). Gebete sind also gekanntes, aber weniger genutztes Kulturgut.

Dass Glaubenspraxis und Glaubensfundus auseinanderfallen, zeigt sich auch an den persönlichen Glaubensvorstellungen der Befragten. Immerhin 70% geben an, dass sie an einen persönlichen Gott oder eine überirdische Macht glauben, und nur 17% geben „weder noch“ an. Die Zahl korrespondiert mit den 18%, die sich als „überhaupt nicht religiös“ bezeichnen. Der Anteil der dezidierten Atheisten ist also in Deutschland gesamt betrachtet nicht sehr groß. Allerdings darf auch nicht darüber hinweggesehen werden, dass nur 30% die für Christen verbindliche Vorstellung eines persönlichen Gottes gewählt haben und 40% die neumodische Formel der „überirdischen Macht“ bevorzugen, unter der viele Vorstellungen zu fassen sind.



Fragt man denn auch nach den klassischen christlichen Glaubensinhalten, ergibt sich je nach den eigenen Erwartungen „immerhin“ oder „nur noch“ etwa ein 50-50- Bild. Ablehnung und Zustimmung zu zentralen Bestandteilen des christlichen Glaubensbekenntnisses (z. B. „auferstanden am dritten Tage von den Toten“ oder „von dort wird er kommen zu richten...“) halten sich gesamtdeutsch die Waage, wobei die Unterschiede in Ostdeutschland (ca. ein Drittel Zustimmung, zwei Drittel Ablehnung) größer sind.

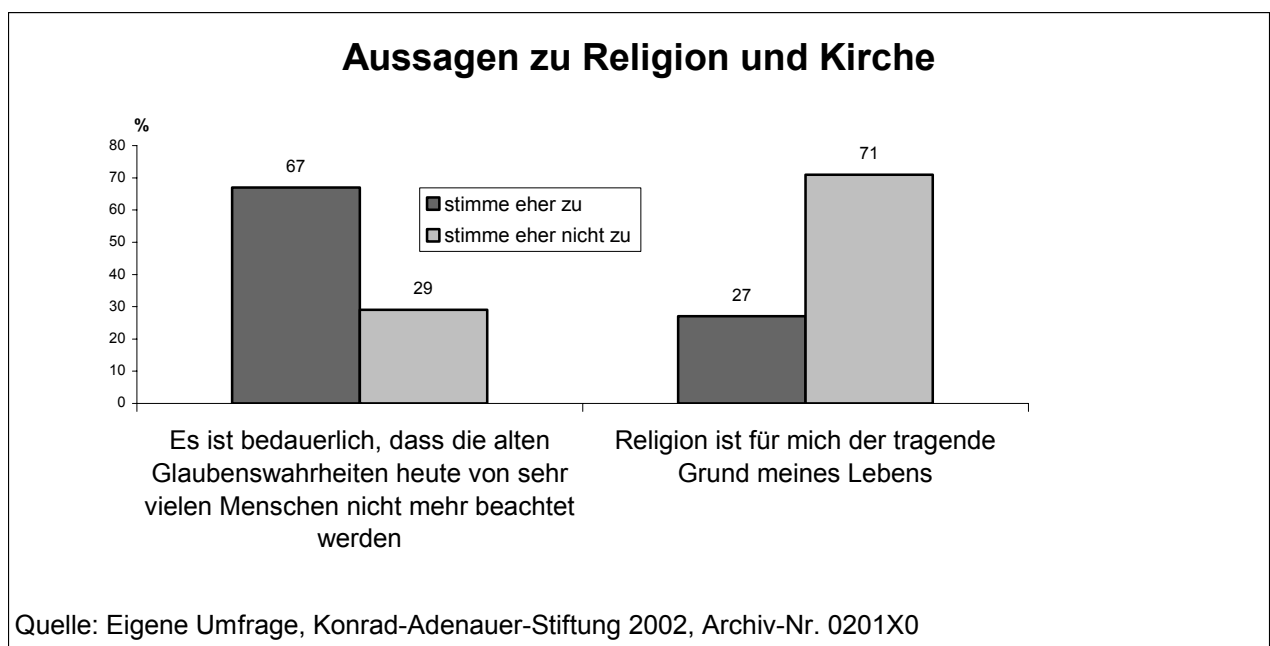


Die Gesamthese sei gewagt, dass Glaube und Religiosität in Deutschland, vor allem in Westdeutschland, eher etwas Usuelles und Konventionelles hat: Man vermeidet die schroffe Ablehnung, hat aber den direkten Zugang zu den lehrmäßigen Glaubensinhalten verloren.

Dazu passen auch zwei weitere Ergebnisse:

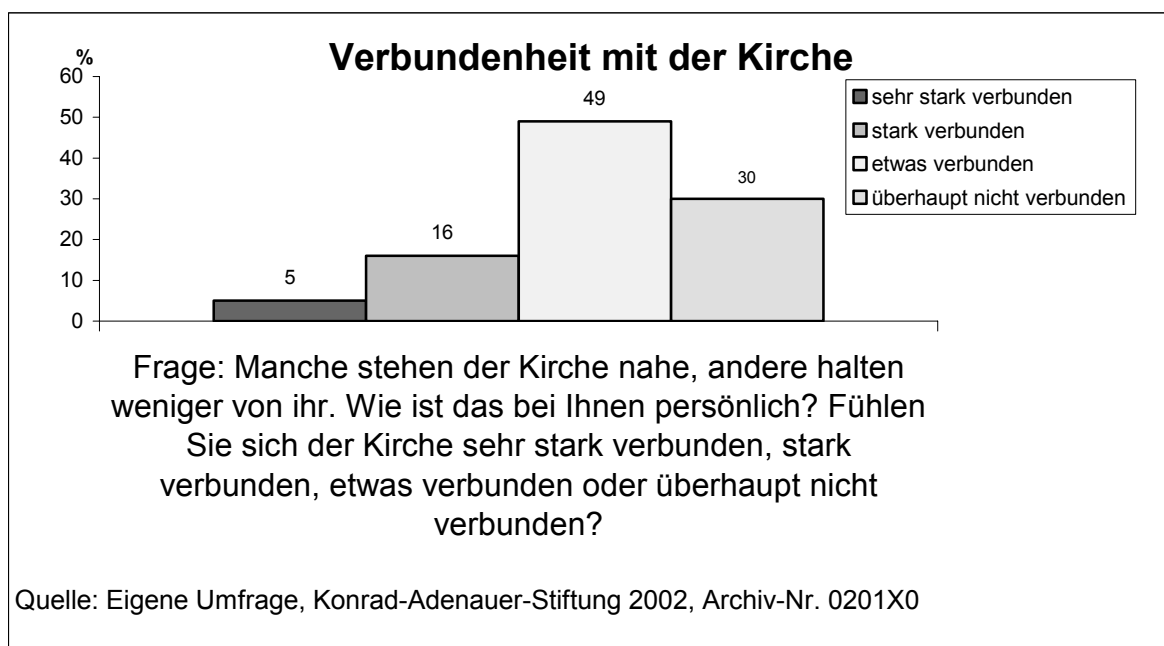
- 67% der Befragten stimmen der Aussage zu, es sei bedauerlich, dass die alten Glaubenswahrheiten nicht mehr beachtet werden.
- aber nur für 27% ist Religion der tragende Grund ihres Lebens.

Religion und Christentum als gesellschaftliche Größe sind akzeptiert, als persönliche Richtschnur scheinen sie weit weniger in Betracht gezogen zu werden.

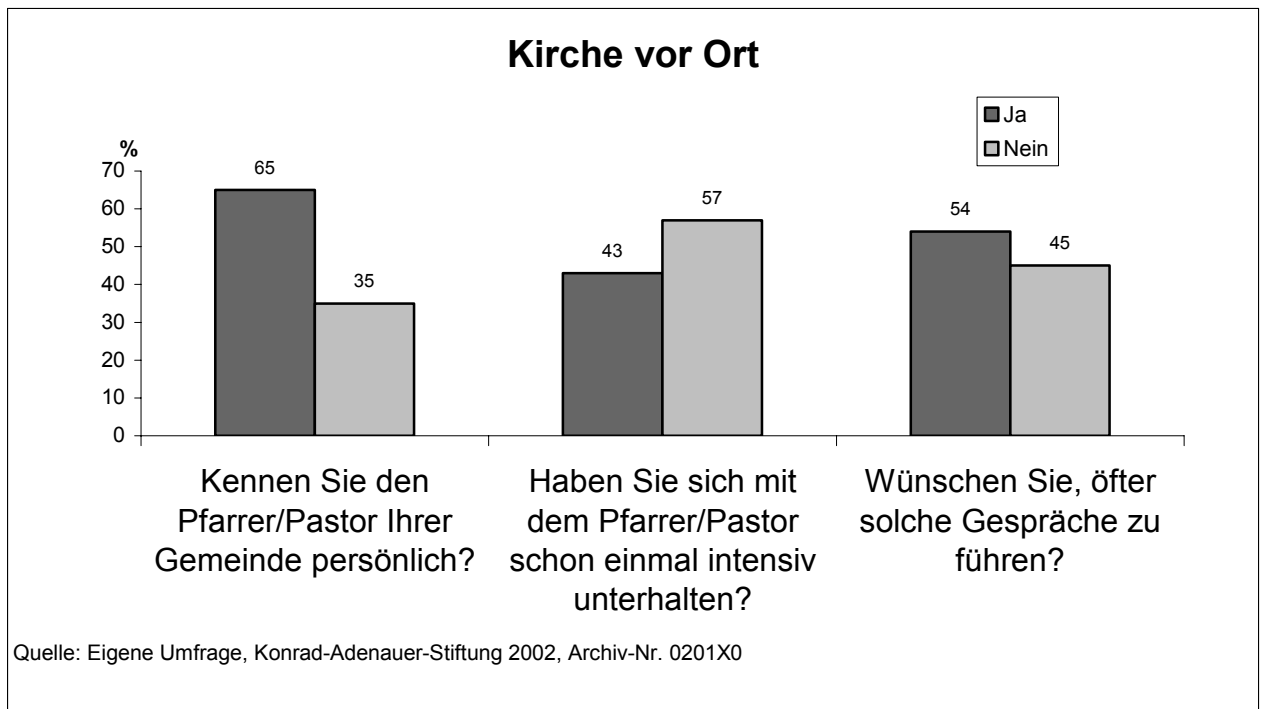


Rolle und Bedeutung der Kirchen

Seit jeher ist die Frage nach der Verbundenheit mit der Kirche eine Gretchenfrage der Religionssoziologie. Die Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung hat die dramatischen Befunde anderer Untersuchungen nicht bestätigen können. Zwar geben nur 21% an, sie seien „sehr stark“ oder „stark“ mit der Kirche verbunden, der Prozentsatz von 30%, die sich der Kirche „überhaupt nicht“ verbunden fühlen, ist aber auch nicht alarmierend hoch. Dennoch ist er deutlich höher als derjenigen, die jeglichen Glauben ablehnen (s.o. 18%). Die meisten (49%) möchten sich doch mit der Antwort „etwas verbunden“ alle Möglichkeiten offen lassen. Die Zahlen in Ostdeutschland sprechen mit 11% „sehr stark“ und „stark“ Verbundenen und 48% „überhaupt nicht“ Verbundenen allerdings eine andere Sprache.



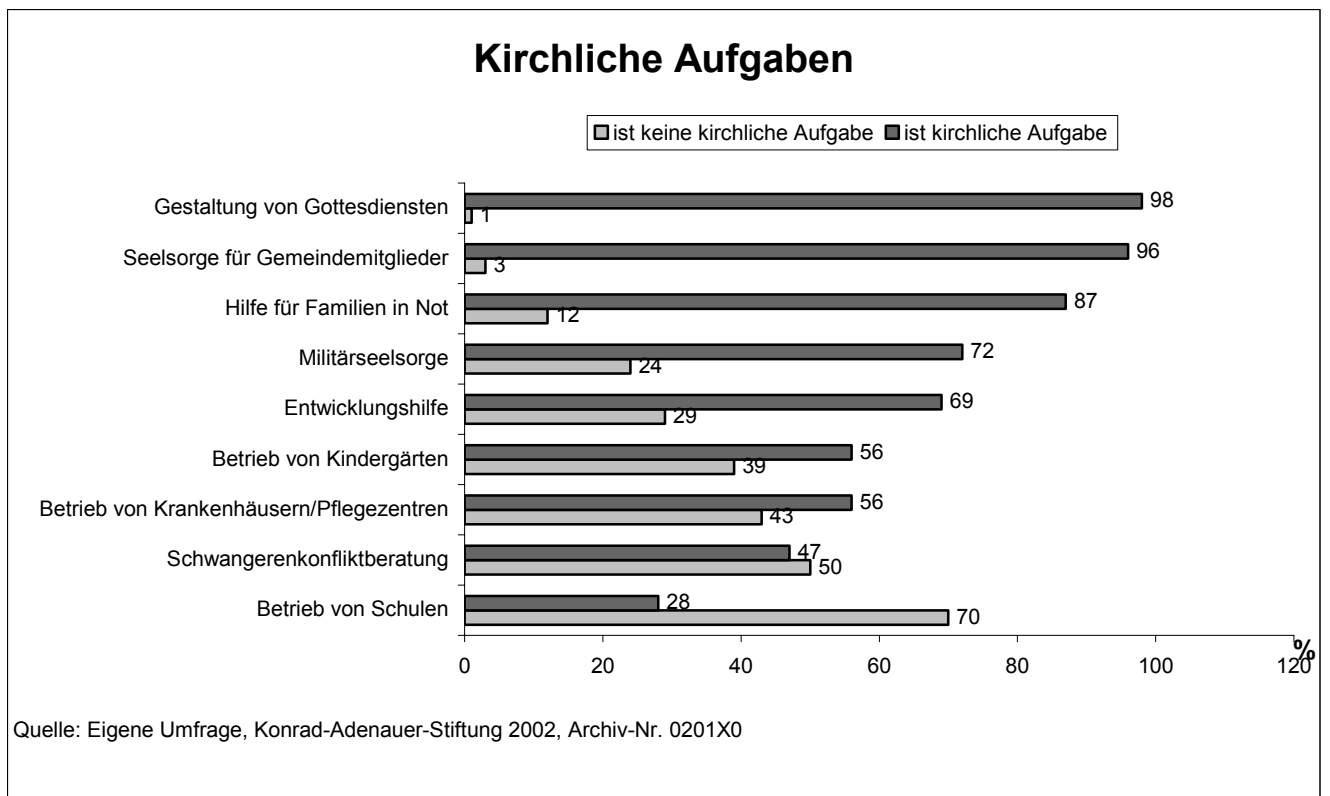
Man muss aber differenzieren: Eines der auffälligsten Ergebnisse der Untersuchung ist, welche Bedeutung „Kirche vor Ort“ hat. Neben vielen vergleichbaren Aussagen geben 65% der Befragten an, dass sie den Pfarrer/Pastor(in) ihrer Gemeinde persönlich kennen. Davon haben immerhin 43% sich schon einmal mit ihm oder ihr intensiv unterhalten und sogar 54% wünschen sich, öfter solche Gespräche führen zu können. Dabei ging es zumeist um Persönliches (69%) oder um Religiöses (56%), weit aus weniger um politische Fragen (33%).



Schon auf der nächst höheren Ebene der Kirchenhierarchie ist diese Verbindung kaum noch gegeben: Nur 33% kennen den Namen Ihres Bischofs oder Landesbischofs, 66% kennen ihn nicht.

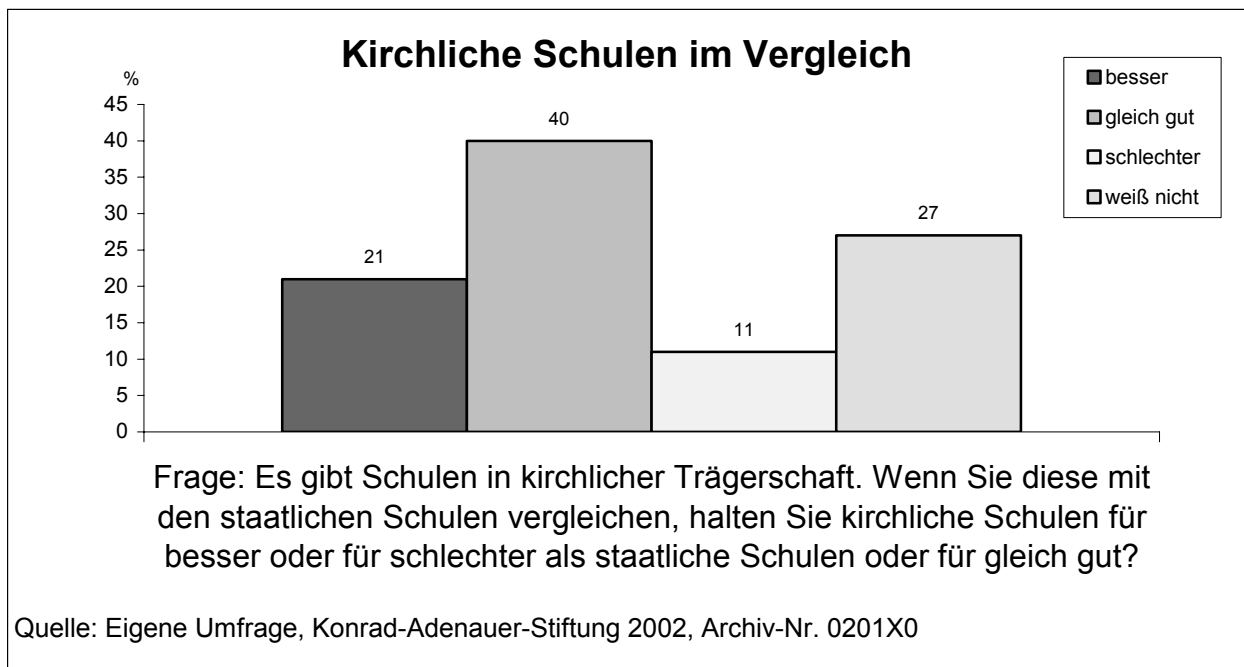
Mit dem Stichwort „Kirche vor Ort“ ist der rote Faden geknüpft, der sich auch in den weiteren Fragebereichen wiederfindet.

Zustimmung zu „Kirche vor Ort“ heißt auch Zustimmung zu den ureigenen Aufgaben der Kirche wie Gottesdienst, Seelsorge, Hilfe für Familien in Not etc. Mit überwältigender Mehrheit haben die Befragten dies als Aufgaben der Kirche bejaht und haben umgekehrt z.B. die Mitgestaltung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen mit nur 23% Zustimmung hintan gestellt. Dies ist ein Plädoyer für die Kernaufgaben der Kirchen, zu denen erstaunlicherweise auch die Militärseelsorge (72%) und - weniger erstaunlich - der Betrieb von Kindergärten (59%) gezählt wird.



Die Zustimmungswerte für die Schulträgerschaft der Kirchen lässt allerdings aufhorchen. Nur 28% Zustimmung gegenüber 70% Ablehnung als kirchliche Aufgabe widerspricht einem gerne weiter gereichten Klischee, die Kirche verdanke einen großen Teil ihrer Reputation auch ihrem Bildungswesen.

Geht man ins Detail, bestätigt sich der Eindruck. Nur 21% der Befragten halten kirchliche Schulen für besser als staatliche Schulen, 11% sogar für schlechter, und die Mehrheit (40%) hält sie schlichtweg für gleich gut. Warum sollten sie dann eine besondere Aufgabe der Kirche darstellen? Auf die Frage, ob sie ihr Kind in eine kirchliche Schule schicken würde, ist die Meinung der Bevölkerung gespalten: 48% antworten mit „ja“, 47% mit „nein“.



Interessant ist, welche Stärken und Schwächen den kirchlichen und den staatlichen Schulen jeweils beigemessen werden. Bessere Leistung ist es jedenfalls tendenziell nicht, die die Menschen bewegt, kirchlichen Schulen den Vorzug zu geben. 52% sind der Meinung, dass kirchliche Schulen „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ leistungsfähiger sind als staatliche. Dagegen sind 60% davon überzeugt, dass man auf kirchlichen Schulen ein besseres Sozialverhalten entwickelt, und 50% meinen, dass die Kinder auf kirchlichen Schulen durch eine christliche Werterziehung besser aufs Leben vorbereitet werden.

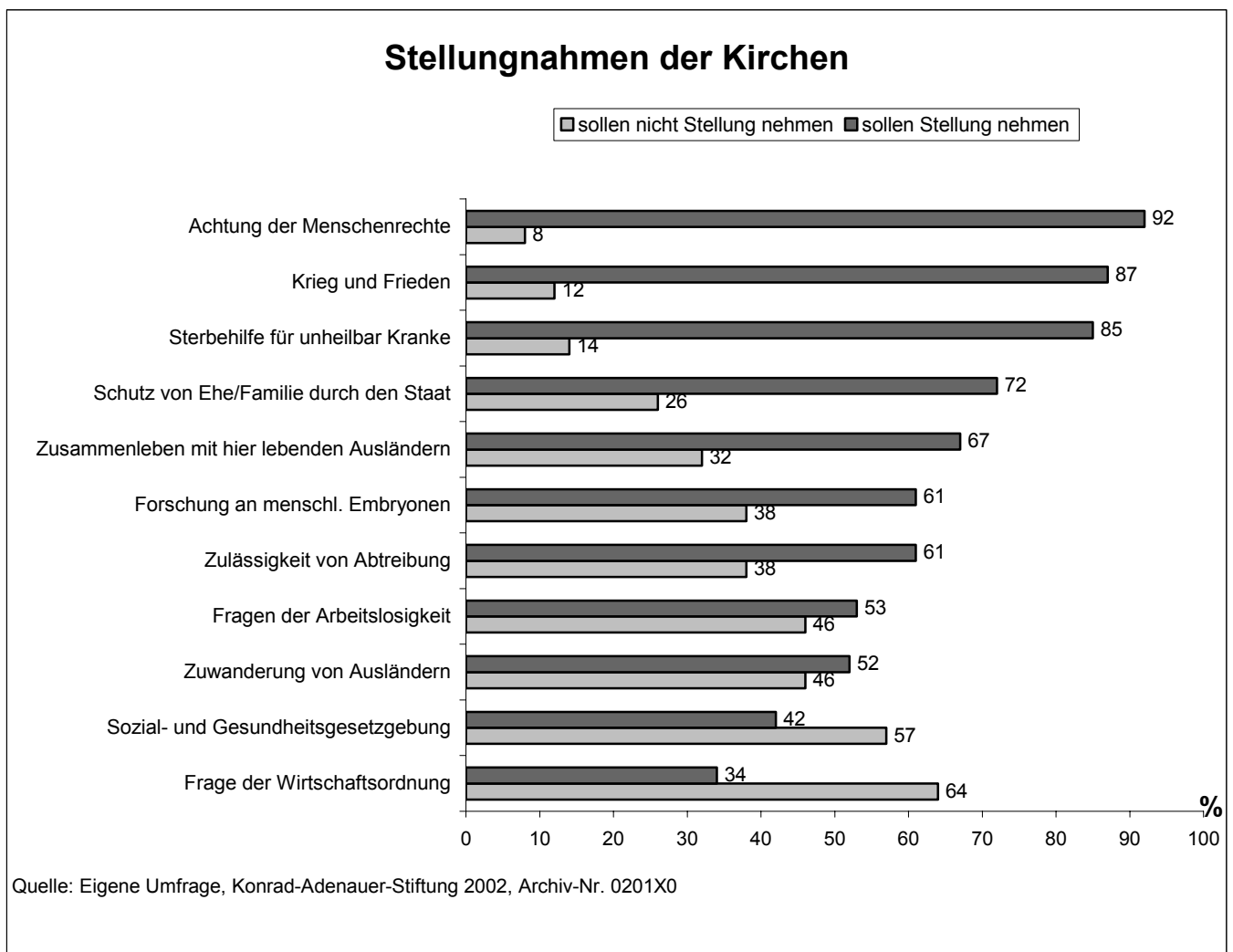
Unbeschadet dieser Detailüberlegungen erfreut sich die Kirche nach wie vor eines soliden Grundvertrauens der Bevölkerung, dass sie bei Fragen nach dem Sinn des Lebens und bei moralischen Fragen Hilfe leisten kann. Dass dies nicht nur allgemein formuliert bleibt, zeigen auch die Antworten auf die Frage: „Können die Kirchen bei Problemen in der Ehe oder Partnerschaft und bei der Kindererziehung Hilfestellung geben?“ Immerhin 59% antworten darauf mit „ja“, nur 38% mit „nein“.

Aus den genannten Zahlen blickt einem doch eine ganz andere Kirche entgegen als die oftmals gescholtene „Sozialagentur“: Es ist eher die dialogische, die caritative und fürsorgliche Kirche, der ein bedeutender Platz in der Gesellschaft eingeräumt wird.

Wendet man sich der Kirche als gesellschaftlichem Akteur auf der öffentlichen Bühne zu, werden die obigen Schlussfolgerungen bestätigt. Es stößt allgemein auf breite

Zustimmung, wenn die Kirchen bei öffentlichen Stellungnahmen ihre ureigenen Felder bestellen:

Achtung der Menschenrechte (92%), die Frage nach Krieg und Frieden (87% - unabhängig von der aktuellen Diskussion um den Irakkrieg – Erhebungszeitraum war Dezember 2002), Sterbehilfe für unheilbar Kranke (85%) sind die Kernthemen, zu denen Stellung zu nehmen die Kirchen von der Bevölkerung ermuntert werden. Die zweite Reihe bilden Themen wie Schutz von Ehe und Familie (72%), Umgang mit Ausländern (67%) und Bioethik (61%). Deutlich weniger Zustimmung erhalten dagegen Stellungnahmen zu Fragen der Sozialgesetzgebung (42%) und zur Wirtschaftsordnung (34%) und. Hier vermutet man die Expertise offensichtlich bei anderen gesellschaftlichen Akteuren.



Allerdings wurde die Bevölkerung auch gefragt, ob sie diese Stellungnahmen eigentlich für ihre eigene Meinungsbildung bisher herangezogen habe. Die Antwort macht

schlagartig klar, wie es um den Status kirchlicher Stellungnahmen bestellt ist: 81% sagen, dass sie kirchliche Stellungnahmen noch nicht zur Meinungsbildung herangezogen haben. Offensichtlich trennt sich auch hier wieder der persönliche Zugang von der allgemeinen Zuweisung eines gesellschaftlichen Ortes. Was man theoretisch als schätzenswert ansetzt, muss noch längst nichts mit dem persönlichen Leben zu tun haben.

Das bestätigt sich auch bei der Frage nach der Nachhaltigkeit kirchlicher Stellungnahmen in der Erinnerung: 60% geben an, dass sie sich nicht an eine Stellungnahme in letzter Zeit erinnern können. Bei denen, die sich erinnern können, blieben vor allem die Äußerungen zur Abtreibung (76%) und zur Forschung an menschlichen Embryonen (69%) haften. Kirchliche Äußerungen zur Wirtschaftsordnung (25% können sich daran erinnern), zur Arbeitslosigkeit (27%) und zur Sozialgesetzgebung (20%) sind eher der Vergessenheit anheim gefallen.

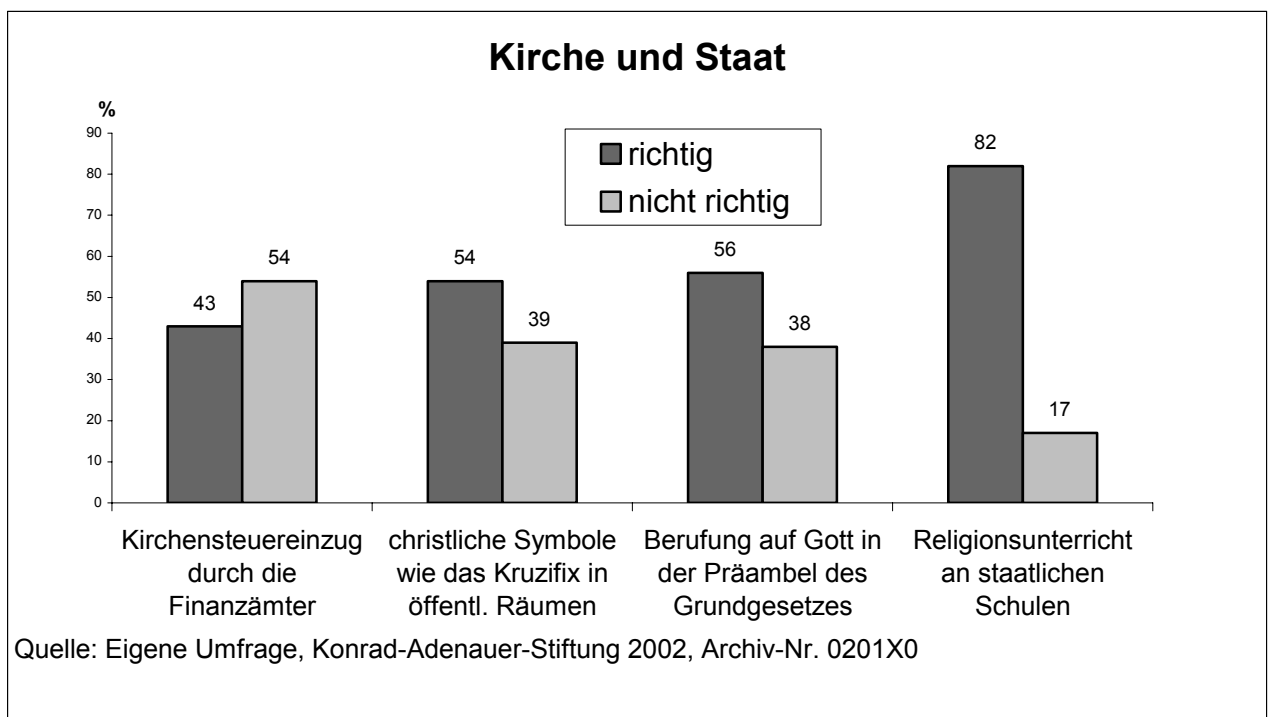
Dies spiegelt einerseits die tatsächliche Debattenlage der vergangenen Monate wider, die sehr von der Bioethik geprägt war (aber nicht von der Abtreibung!), andererseits entspricht es auch der zuvor erörterten Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung.

Es wurde in der Erhebung auch nach der Einstellung der Bevölkerung zu den bekanntesten Erscheinungsformen des typisch deutschen Miteinanders von Staat und Kirche gefragt. Die Eigenheiten des deutschen Staatskirchenrechts sind immer wieder zum Gegenstand von Spekulationen im Hinblick auf ihre Akzeptanz in der Gesellschaft geworden. Das gängige Klischee spricht von einer Abkehr von dieser Kooperation, wie sie sich z.B. im Religionsunterricht an staatlichen Schulen manifestiert.

Die Umfragedaten der Untersuchung stützen dieses Bild nicht. Mit 56% ist z.B. die Zustimmung für den Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes vergleichsweise hoch, wenn dies auch eine Folge der hohen Akzeptanz in Westdeutschland ist (60% - Ostdeutschland nur 39%). Besonders auffällig ist die hohe Meinung, die dem Religionsunterricht entgegengebracht wird (82% finden es insgesamt „richtig“, dass es an staatlichen Schulen Religionsunterricht gibt). Dabei sind wenige Abstriche in den neuen Ländern zu verzeichnen. Auch dass die Kirchen den Inhalt des Religionsunterrichts bestimmen können, halten noch 65% für „richtig“. Die im Kruzifixstreit vor

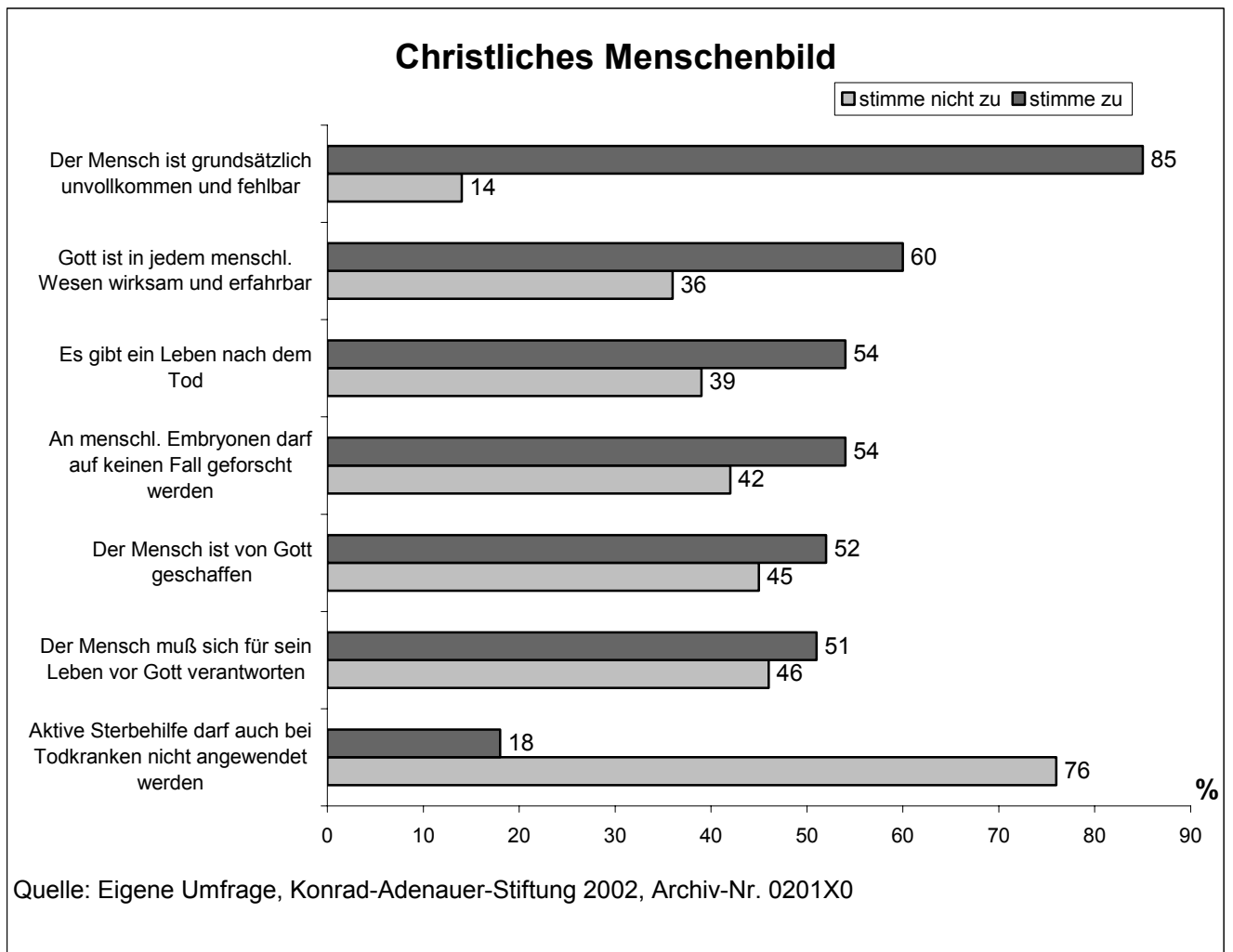
einigen Jahren aufgekommene Debatte um christliche Symbole in öffentlichen Räumen scheint wenig Niederschlag in der Bevölkerung gefunden zu haben: 54% halten es für „richtig“, dass solche christlichen Zeichen öffentlich erscheinen (hier allerdings wieder mit deutlicher West-Mehrheit – nur 37% begrüßen dies in den neuen Ländern).

Die insgesamt schwachen Werte für den staatlichen Einzug der Kirchensteuer (43% dafür, 54% dagegen) könnten durchaus mit der allgemeinen Unbeliebtheit von Steuern und Abgaben zu tun haben.



Christliche Werte in der Politik

Für die Frage, ob sich Politik heute noch auf ein Fundament christlicher Werte stützen kann, spielt die Frage nach dem Rückhalt des christlichen Menschenbildes eine zentrale Rolle. Die Erhebung hat dabei bewusst explizit christlich formulierte Aspekte des christlichen Menschenbildes (z.B. „der Mensch ist von Gott geschaffen“) kombiniert mit eher allgemein gehaltenen Überzeugungssätzen, die auch von humanistischer Seite Unterstützung finden könnten (z.B. „der Mensch ist fehlbar“).

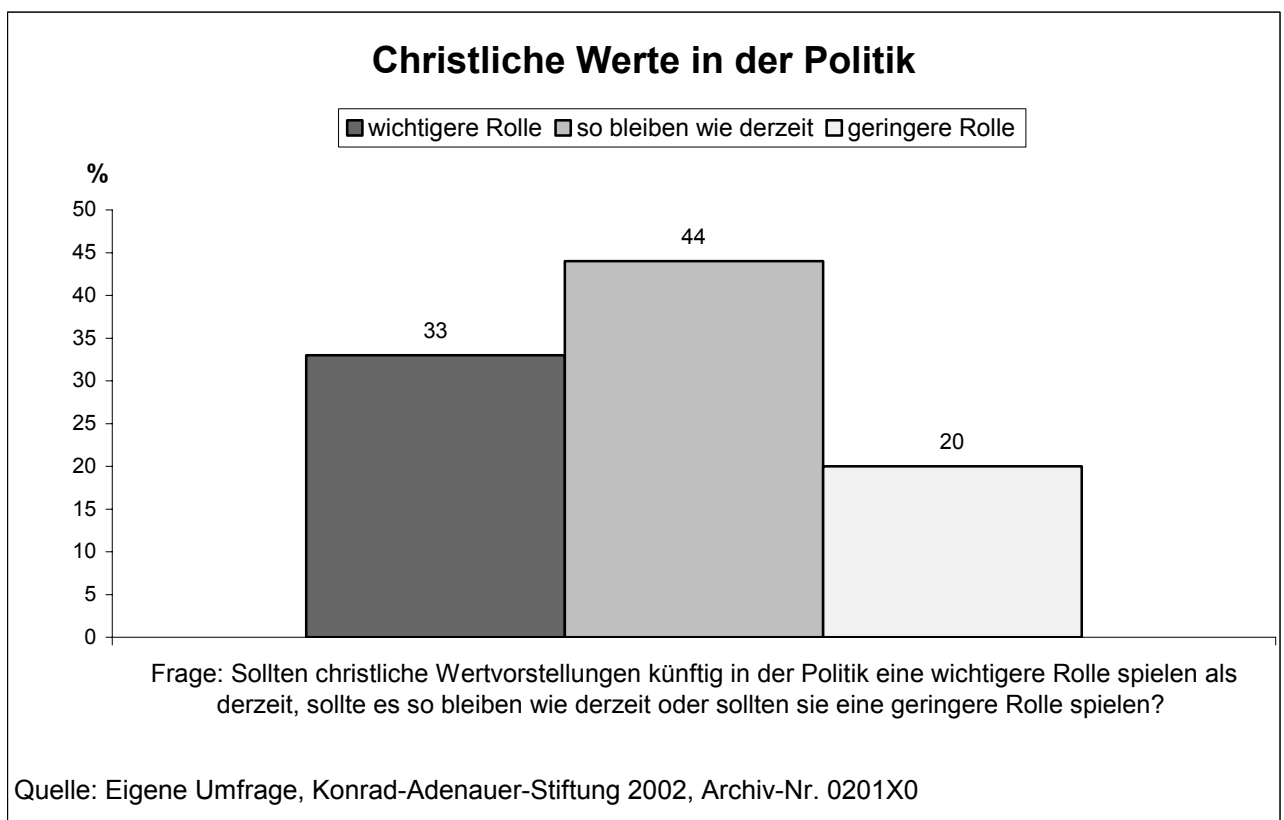


Das letztere Beispiel erfreut sich zwar besonderer Zustimmung (85%), doch finden auch die dezidiert christlichen Aussagen meist eine Mehrheit. Es kann nicht als selbstverständlich angesehen werden, dass immerhin 60% der Aussage zustimmen, „Gott sei in jedem menschlichen Wesen wirksam und erfahrbar“. Es darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, dass es auch starke Abweichungen von der all-

gemeinen Zahl gibt: Die Werte in den neuen Ländern und bei Jugendlichen liegen in den christlich formulierten Aspekten des christlichen Menschenbildes durchweg erheblich niedriger. Der Gesamtwert wird von der westdeutschen Bevölkerung mittleren und höheren Alters getragen.

Der rote Faden, der sich durch die Umfrage zieht, ist der Eindruck fehlender Dramatik in den Umfrageergebnissen. Es ist immer ein bisschen besser als man befürchtet und ein bisschen schlechter als man gehofft hat. Der beherrschende Eindruck der Gesamtbetrachtung ist die Zustimmung zum Status quo.

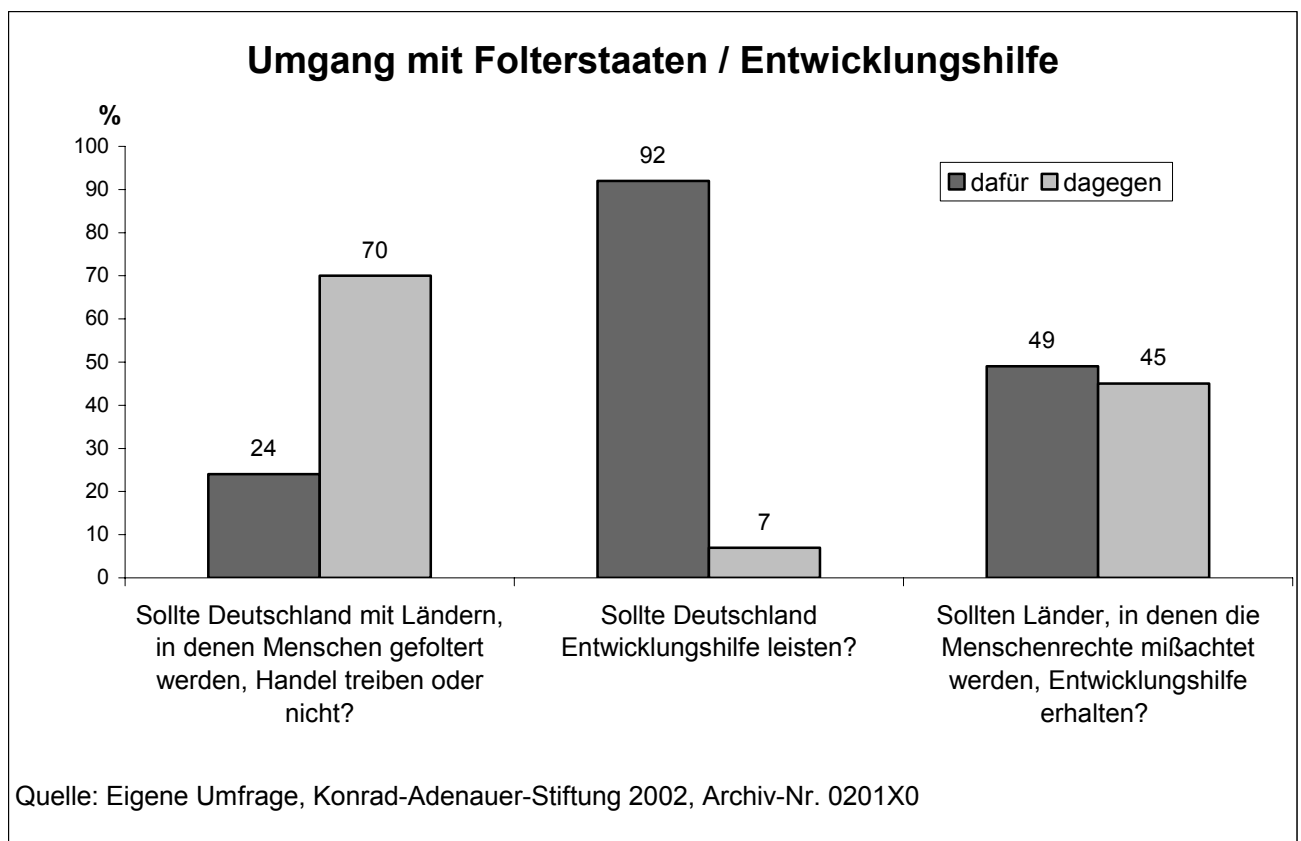
Dies zeigt sich auch bei der Frage, ob „christliche Wertvorstellungen künftig eine wichtigere, gleiche oder geringere Rolle in der Politik“ spielen sollten. Nur 20% sind der Überzeugung, dass ihre Rolle geringer sein sollte. Dagegen möchten 44%, dass der Einfluss christlicher Wertvorstellungen gleich bleibt, und sogar 33% (eher gut ausgebildete Besserverdienende mittleren Alters) sind der Meinung, dass dieser Einfluss zunehmen sollte. Trotz leichter Unterschiede hält sich diese Verteilung in allen Befragtengruppen durch.



Die Bevölkerung hat nicht nur bestimmte theoretische Vorstellungen von der Werthaftigkeit von Politik, sie beurteilt auch konkrete Politik nach diesen Kriterien.

Es gibt mit 92% eine große Zustimmung zur Entwicklungshilfe, und die geringe Akzeptanz von wirtschaftlichen Beziehungen mit Staaten, die massiv gegen die Menschenrechte verstoßen, zeigt, dass die Bevölkerung nicht bereit ist, moralische Überzeugungen ökonomischen Interessen unterzuordnen.

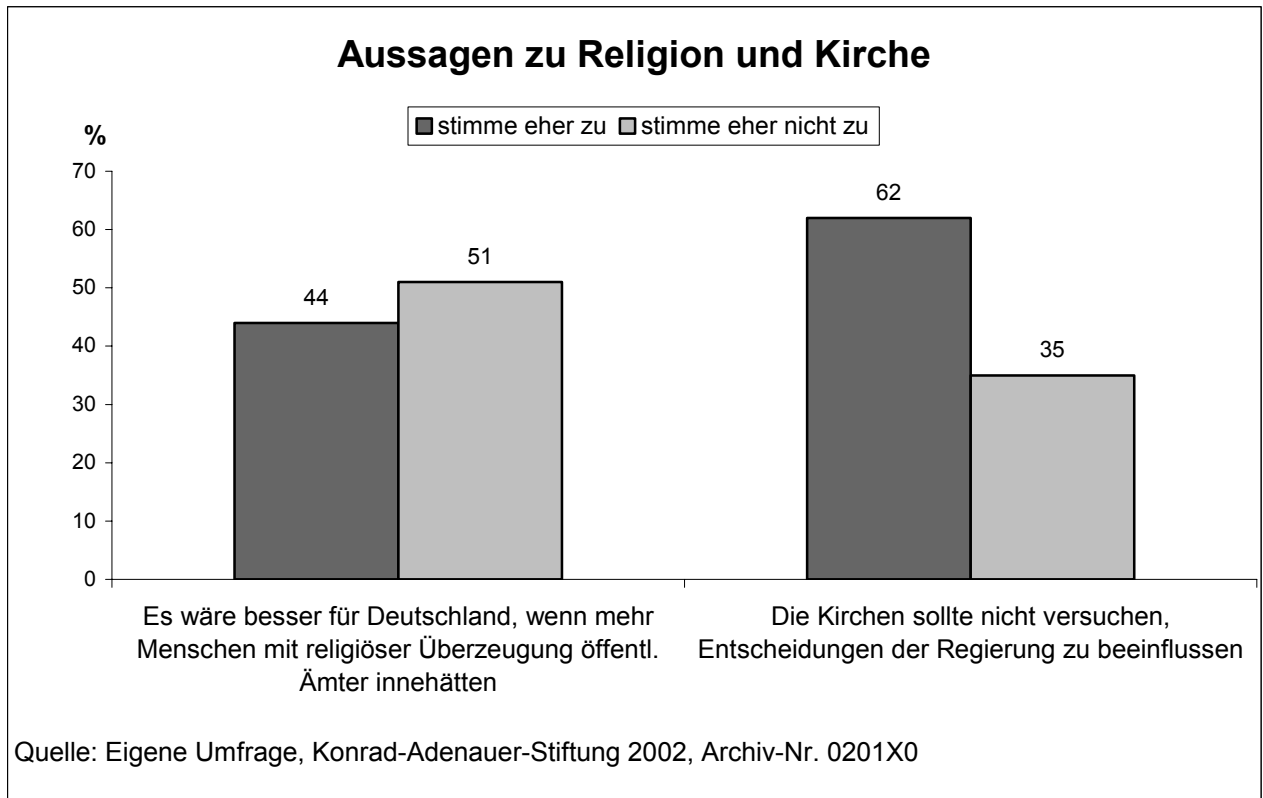
Wenn sich beide Haltungen kreuzen, wenn also nach der Entwicklungshilfe an Staaten gefragt wird, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, zeigt sich das Dilemma an einer 50-50-Verteilung.



Kritischer werden die Menschen erst, wenn die direkte Verbindung zwischen Kirche und Politik in den Blick gerät. 62% stimmen der Aussage zu, „die Kirchen sollten nicht versuchen, Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen“, was besonders von den Befragten unter 24 Jahren unterstützt wird (72%). Und mit 44% ist auch die Unterstützung für „mehr Menschen mit religiöser Überzeugung in öffentlichen Äm-

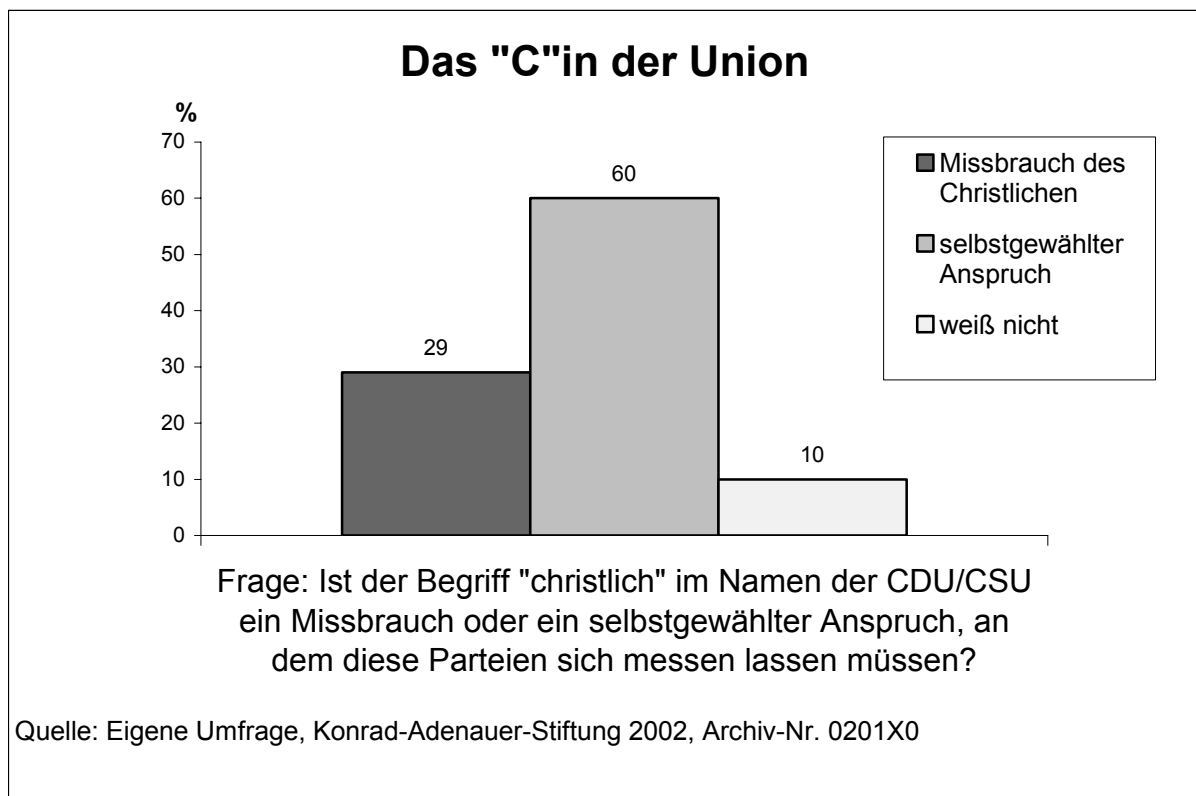
tern“ nicht sehr hoch. Insbesondere Ostdeutsche und jüngere Befragte (55% bzw. 71% Ablehnung) stehen dem reserviert gegenüber.

Offensichtlich ist besonders in diesen Gruppen die Haltung besonders verbreitet, Religiöses und Politik voneinander zu separieren. Der anti-institutionelle Affekt gegen die Kirche scheint dort am stärksten zu greifen.



Die Union und das „C“

Für die Christdemokratie ist es naturgemäß von größter Bedeutung, wie in der Bevölkerung das „C“, der christliche Anspruch im Parteinamen, beurteilt wird. Dieser Anspruch wird in der öffentlichen Debatte von zwei Seiten in die Zange genommen: einmal von einigen Vertretern der Kirchen selbst, die dies als Anmaßung verstehen und jede im politischen Geschäft unvermeidbare Abweichung von der geraden Linie christlicher Überzeugungen als Nachweis dieser Anmaßung verbuchen. Zum anderen aber von säkularer Seite, wo jede Verbindung der religiös-kirchlichen mit der politischen Sphäre für falsch und unzeitgemäß gehalten wird.

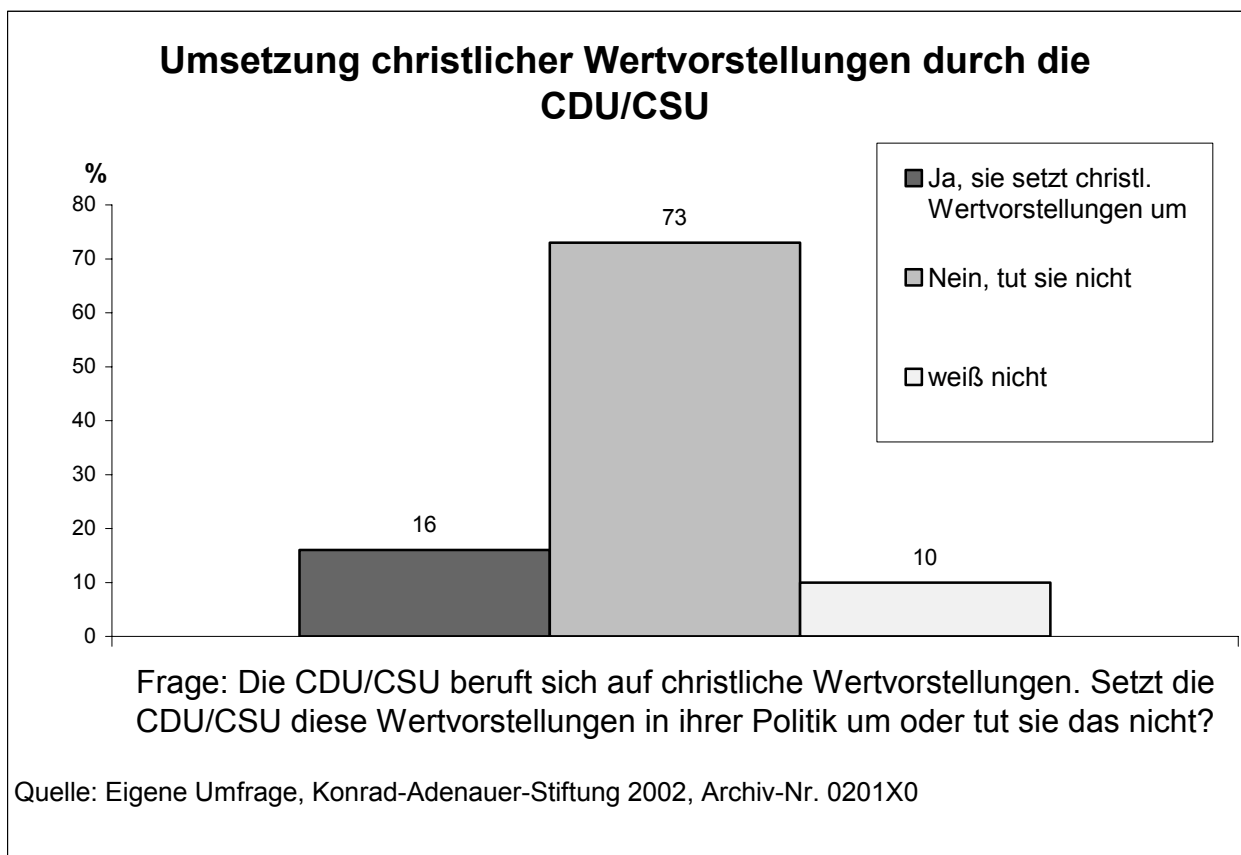


Es wurde danach gefragt, ob das „C“ ein selbst gewählter Anspruch ist, an dem sich die Partei messen lassen muss oder ob damit ein Missbrauch des Christlichen vorliege. 60% haben das „C“ als Anspruch akzeptiert. Dies ist angesichts der Debatte in der medial vermittelten Öffentlichkeit bemerkenswert.

Diese Haltung ist auch in West- und Ostdeutschland sowie in allen Altersklassen Konsens. Deutliche Ablehnung des „C“-Anspruchs findet sich nur beim politischen

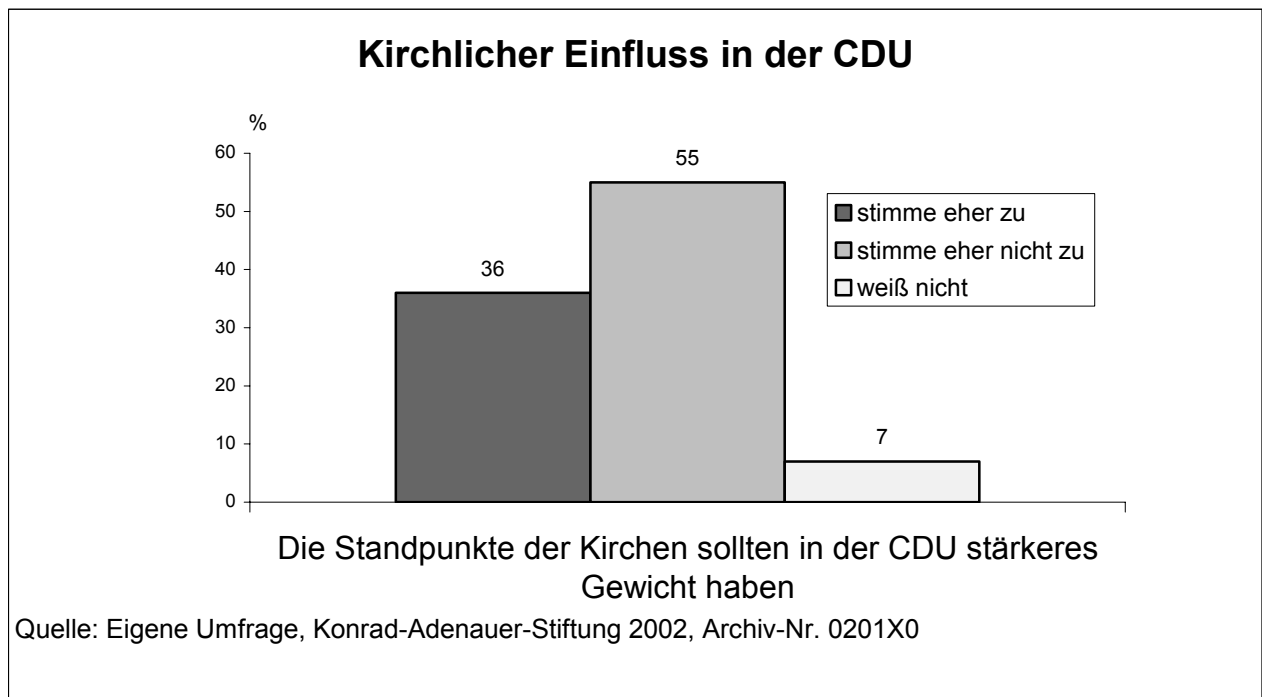
Gegner (SPD-Anhänger halten das „C“ zu 40%, Grüne gar zu 48% für Missbrauch), bei Muslimen (55%) und bei Personen, die mehrmals in der Woche zur Kirche gehen. Die oben genannte Zangenbewegung wird daran ersichtlich. Die meiste Unterstützung des Anspruchs auf Christlichkeit finden sich naturgemäß bei CDU/CSU-Anhängern (73%), aber auch bei Personen, die einmal in der Woche zur Kirche gehen (und sich in diesem Punkt von der Gruppe der besonders häufigen Kirchgänger unterscheiden).

Das wahre Bild ergibt sich aber erst, wenn nach der Umsetzung und Verwirklichung des selbst gewählten Anspruchs christlich demokratischer Politik gefragt wird. 73 % der Befragten sind insgesamt der Überzeugung, dass dieser Anspruch nicht umgesetzt wird, und nur 16% sehen das „C“ in der Politik der Union verwirklicht. Anspruch und Wirklichkeit klaffen also in der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auseinander.



Die meiste Schonungslosigkeit wird der Union dabei vom politischen Gegner zuteil. 86% der SPD-Anhänger und sogar 89% der Grünen-Anhänger sehen den Anspruch nicht verwirklicht. Die eigenen Leute gehen mit der Union zwar gnädiger um, aber

immer noch 59% der Unionsanhänger sehen christliche Wertvorstellungen in der CDU/CSU nicht für verwirklicht (30% für „Verwirklichung“).

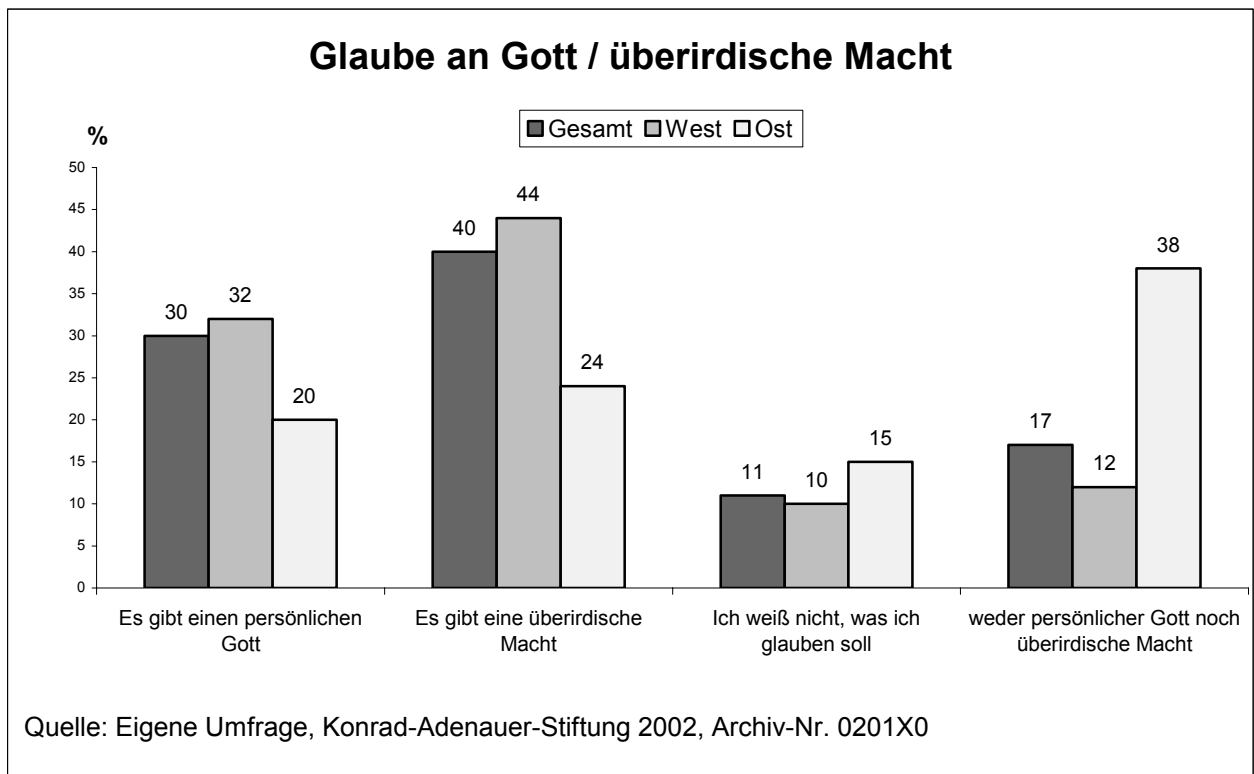


Die Beurteilung dieser Werte muss in einem anderen, stärker analytischen Zusammenhang geleistet werden. Aber es ist schon auffällig, dass die grundsätzliche Zustimmung für christliche Werte in der Politik nicht automatisch einen Bonus für die Union darstellt. An dieser Stelle müsste weitergefragt werden: Was hält die Bevölkerung für christliche Politik? Ist diese in der Politik anderer Parteien ihrer Meinung nach vielleicht besser vertreten? Gibt es eine Konvergenz zwischen der spezifischen Interpretation von Gerechtigkeit als sozialer Verteilungsgerechtigkeit und dem aktuellen Verständnis von dem, was „christlich“ zu nennen ist?

Spezielle Gruppen

Alte Länder – neue Länder

Auf den nach wie vor bestehenden Unterschied von West- und Ostdeutschland wurde bereits mehrfach hingewiesen. Er macht sich vor allen Dingen auf dem Untersuchungsfeld Glaube und Religiosität bemerkbar: 39% der Befragten in Ostdeutschland bezeichnen sich als „überhaupt nicht religiös“ (West: 13%); 59% geben an, sie beteten „nie“ (West: 23%); 38% glauben weder an einen persönlichen Gott noch eine überirdische Macht (West: 12%); die Zustimmungswerte zu christlichen Glaubensinhalten liegt im Durchschnitt um 25% niedriger als die Westzahlen.

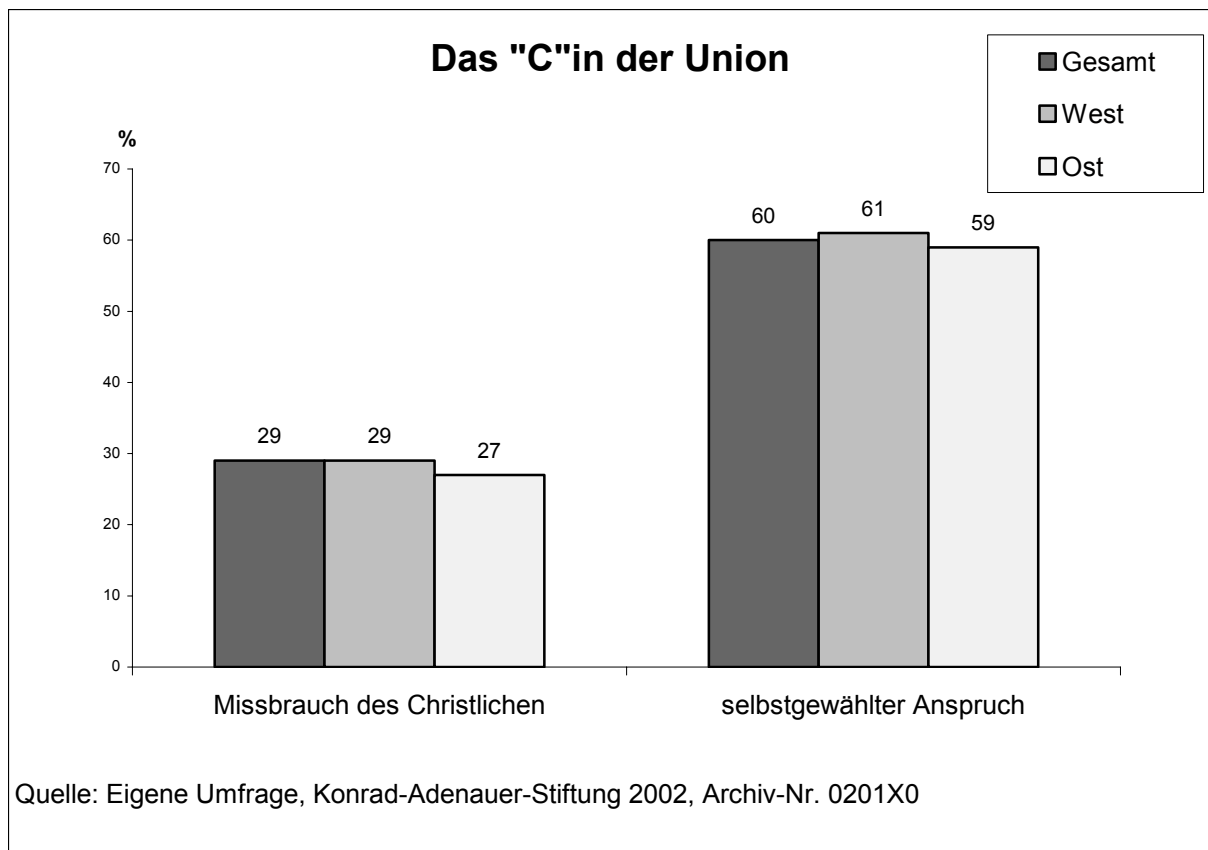


Auch die Gegenprobe bestätigt das Bild. Es trifft nicht zu, dass die ostdeutsche Glaubenslandschaft nur extremere Gegensätze aufweise und die breite Mitte der halb und halb Gläubigen fehle: Nur 20% (minus 12 Prozentpunkte gegenüber dem Westen) glauben im Osten an einen persönlichen Gott, 23% (minus 25 Prozentpunkte gegenüber dem Westen) sagen, sie seien „sehr“ oder „ziemlich religiös“.

Weitere Abweichungen zwischen West und Ost ergeben sich auch in bestimmten Aspekten des Verhältnisses zu den Kirchen. Allgemein ist die Verbundenheit zu den Kirchen in den neuen Ländern geringer: 48% gegenüber 26% im Westen sagen, sie seien „überhaupt nicht“ mit den Kirchen verbunden. Bei den bevorzugten kirchlichen Aufgaben halten Ostdeutsche viel weniger etwas davon, dass die Kirchen Kindergärten betreiben (minus 15 Prozentpunkte gegenüber Westen), dass sie Schwangerenkonfliktberatung (minus 14 Prozentpunkte) oder Militärseelsorge (minus 7 Prozentpunkte) durchführen. Bei den Stellungnahmen wünschen sich die Menschen in den neuen Ländern mehr Äußerungen der Kirche zu Sozialfragen (plus 10 Prozentpunkte) und zur Ausländerintegration (plus 8 Prozentpunkte).

Ein weitere gravierende Differenz ist das klassische deutsche Staat-Kirche-Verhältnis. 21% weniger Ostdeutsche als Westdeutsche halten den Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes für richtig; die Zustimmung für christliche Symbole in öffentlichen Räumen ist mit 37% ebenfalls um 21 Prozentpunkte geringer ausgefallen als im Westen. Die Zustimmungswerte für den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ist um 14 Prozentpunkte niedriger.

Immer wenn Christliches, Religiöses expressis verbis zur Sprache kommt, fallen die Zustimmungswerte im Osten ab, so auch bei der Frage nach dem christlichen Menschenbild, wo z.B. nur 30% dem Satz zustimmen, dass der Mensch von Gott geschaffen ist. (Westen 57%).



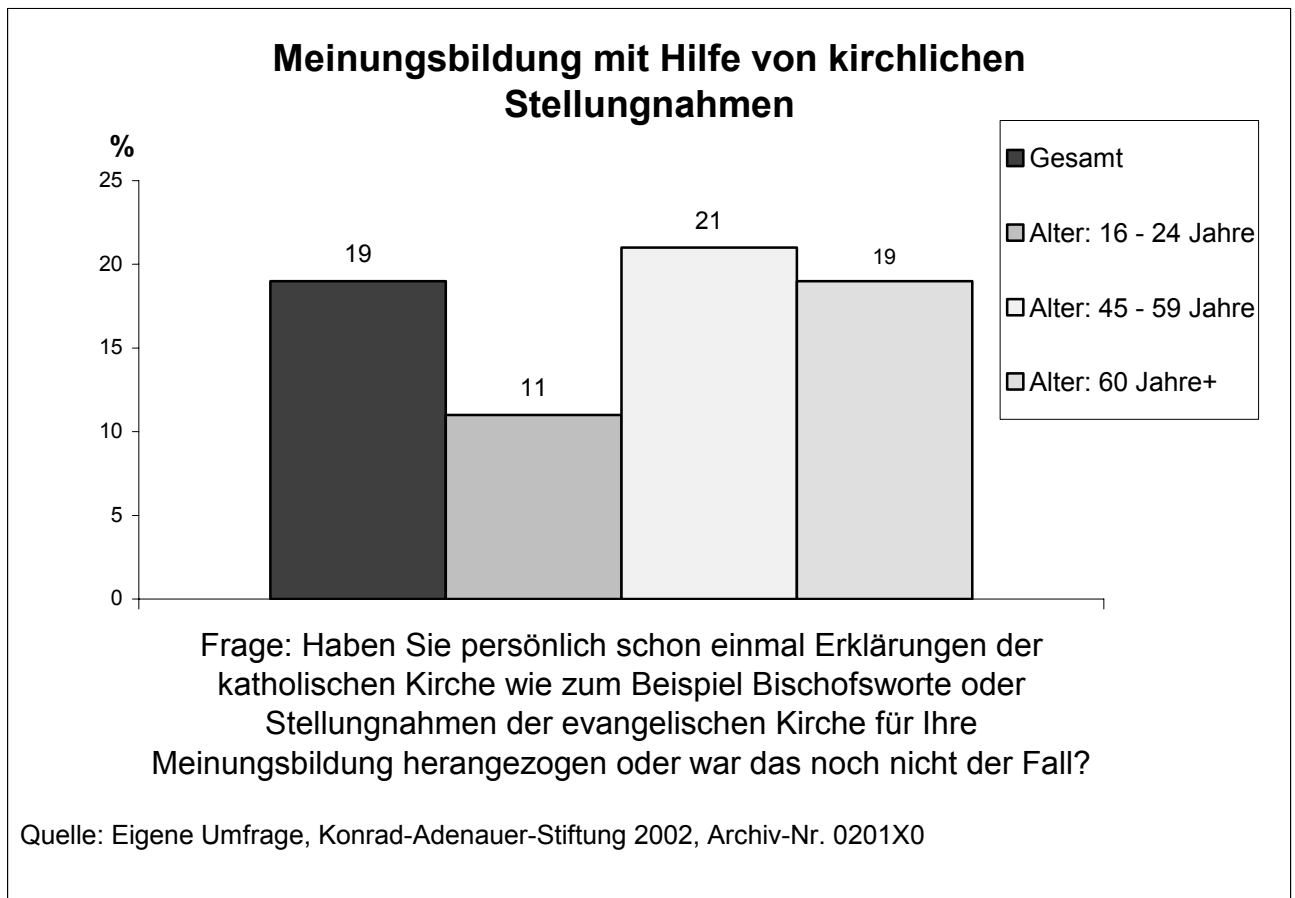
Aber weder bei dem Themenfeld „Werte in der Politik noch bei der Beurteilung des „C“ in der Union sind besondere Abweichungen festzustellen. Die einzige Ausnahme bildet die Frage, ob die Standpunkte der Kirchen in der Union stärkeres Gewicht haben sollen. Unerwarteterweise stimmen hier 43% der Ostdeutschen zu, während die Westdeutschen nur zu 34% dieser Ansicht sind.

West- und Ostdeutsche haben insgesamt daher auch kein Werteproblem miteinander, sondern bedienen sich unterschiedlicher Herleitungen der Werte, Westdeutsche eher aus dem traditionellen christlichen Fundus, Ostdeutsche eher aus humanistischer Überzeugung.

Jugend

Für die Befragten im Alter zwischen 16 und 24 Jahren gilt – so befremdlich diese Zusammenstellung zunächst klingen mag – Ähnliches, wenn auch in abgeschwächter Form, wie für die Befragten in den neuen Ländern. Sie haben überall da, wo Christli-

ches und Kirchliches unmittelbar zur Sprache kommt, geringere, teilweise dramatisch geringere Zustimmungswerte.



Nur 30% (insgesamt: 43%) bezeichnen sich als „sehr“ oder „ziemlich“ religiös; 42% geben an, nie zu beten (insgesamt: 21%). Nur 61% kennen das Vaterunser im Wortlaut (77% insgesamt). 10% mehr junge Leute als der Gesamtdurchschnitt geben an, weder an einen persönlichen Gott noch an eine höhere Macht zu glauben. Auch bei den klassischen christlichen Dogmen fallen die Zustimmungswerte der Jüngeren erheblich ab: Auferstehung (minus 12 Prozentpunkte gegenüber Durchschnitt), Trinität (minus 14 Prozentpunkte) und Jesu Christi Natur als Mensch und Gott zugleich (minus 24 Prozentpunkte) sind Glaubensvorstellungen, die von den Jüngeren nicht mehr geteilt werden und erst bei den Mittvierzigern wieder an die Werte der Gesamterhebung heranreichen. Der spezifisch christliche Glaube wird vor allem durch die mittlere und ältere Generation (im Westen) getragen.

Auch gegenüber der Kirche gibt es Vorbehalte bei den Jüngeren. 50% fühlen sich mit ihr überhaupt nicht verbunden (insgesamt: 30%). Nur 11% der jüngeren Befragten (insgesamt: 19%) nehmen kirchliche Stellungnahmen wahr, haben aber meist geringere Zustimmungswerte, wenn nach den Themen der Stellungnahmen gefragt wird. Am deutlichsten zeigt sich aber der Unterschied zwischen den Generationen beim Staat-Kirche-Verhältnis: Deutlich weniger jüngere Befragte sprechen sich für den Religionsunterricht aus (65% zu 82% insgesamt). Die Zustimmung zum Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes ist um 10 Prozentpunkte niedriger, zu christlichen Symbolen in öffentlichen Räumen um 9 Prozentpunkte.

Auch das christliche Menschenbild wird von Jüngeren nicht mehr im gleichen Maße getragen wie in der mittleren und älteren Generation. Nur 36% (zu 52% insgesamt) glauben daran, dass der Mensch von Gott geschaffen sei, ebenfalls nur 36% (zu 51%) meinen, dass der Mensch sein Leben vor Gott zu verantworten hat. Eine signifikante Ausnahme bildet nur die Annahme eines Lebens nach dem Tode. Hier sind die Zustimmungswerte bei Jüngeren um 11 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Es wäre lohnenswert, dies näher zu erforschen und z.B. der Hypothese nachzugehen, ob dies auf esoterische Einflüsse zurückgeht.

Weitgehend im Durchschnitt mit leichter Tendenz zum Idealistischen bewegen sich die Jüngeren, wenn es um die Anwendung von Werten in der Politik geht. Das „C“ in der Union wird dagegen überraschenderweise dem Durchschnitt entsprechend akzeptiert und sogar, was die Verwirklichung angeht, um 5% positiver gesehen.

Parteipräferenz

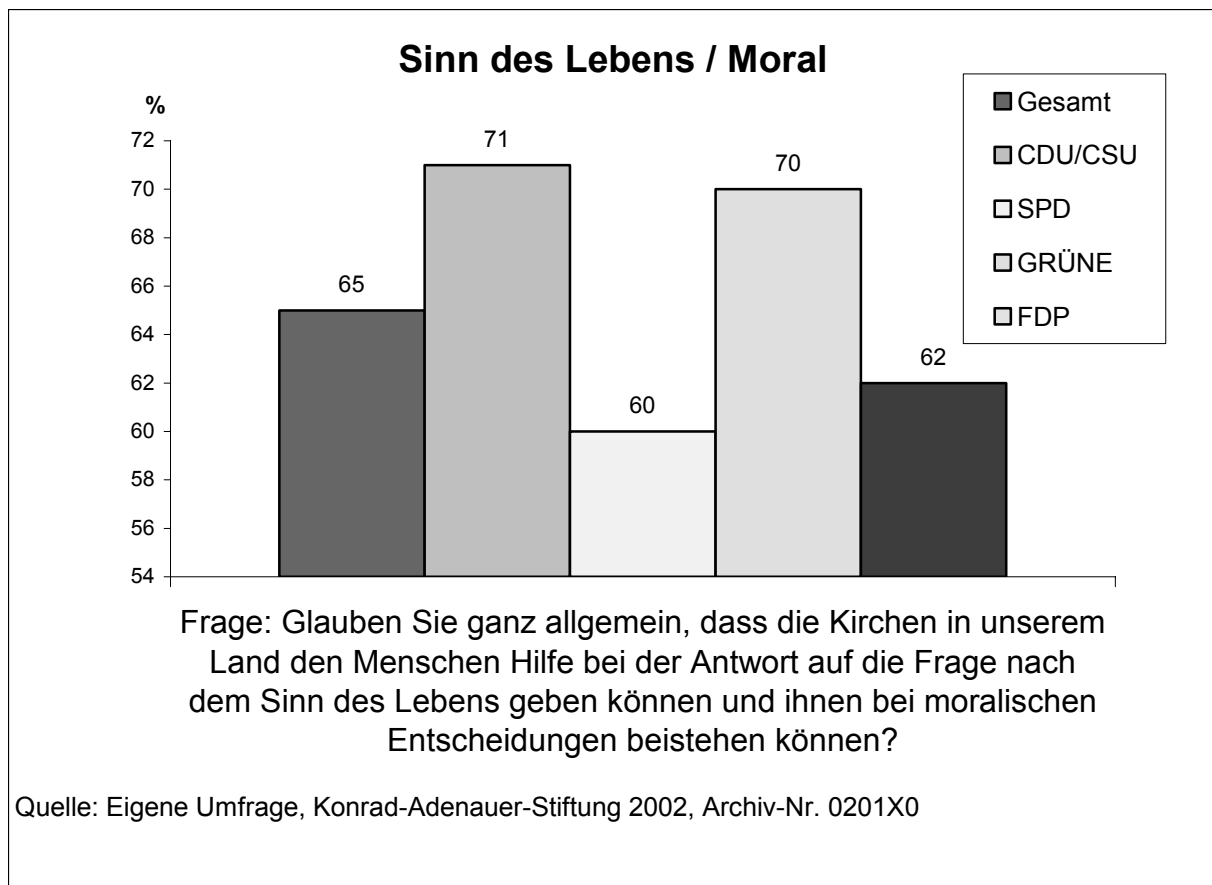
Wie wirken sich politische Präferenzen auf die Einstellungen zu Glauben, Kirche und Werten aus. Gibt es ein christdemokratisches, ein sozialdemokratisches oder ein grünes Profil? Die Untersuchung gibt dazu mannigfaltigen Stoff.

Berücksichtigung sollen in dieser gedrängten Darstellung nur die SPD-, CDU- und Grünenanhänger finden, denn FDP- und PDS-Anhänger haben ein durchweg distanziertes Verhältnis zu den in der Untersuchung behandelten Fragen.

Was Glaube und Religiosität angeht, gibt es eine Generallinie: CDU-Anhänger haben durchweg überdurchschnittliche Werte, SPD- und Grünenanhänger meist unterdurchschnittliche. 38% der SPD-Anhänger z.B. bezeichnen sich als „sehr“ oder „ziemlich“ religiös (minus 5 Prozentpunkte gegenüber Durchschnitt), CDU-Anhänger dagegen tun dies zu 51% (plus 7 Prozentpunkte gegenüber Durchschnitt), Grüne zu 40% (minus 3 Prozentpunkte gegenüber Durchschnitt). Nur 23% der befragten SPD-Anhänger glauben an einen persönlichen Gott (minus 7 Prozentpunkte gegenüber Durchschnitt), die Grünen entsprechen dem Durchschnitt, während auch nur 35% der Unionsanhänger eine solche Gottesvorstellung hegen (plus 5 Prozentpunkte gegenüber Durchschnitt). Zusammen mit den 44% Unionsleuten, die an eine überirdische Macht glauben (was bei SPD-Anhängern ähnlich beliebt ist), gibt dies immerhin ein „Transzendenzpotential“ von 79%.

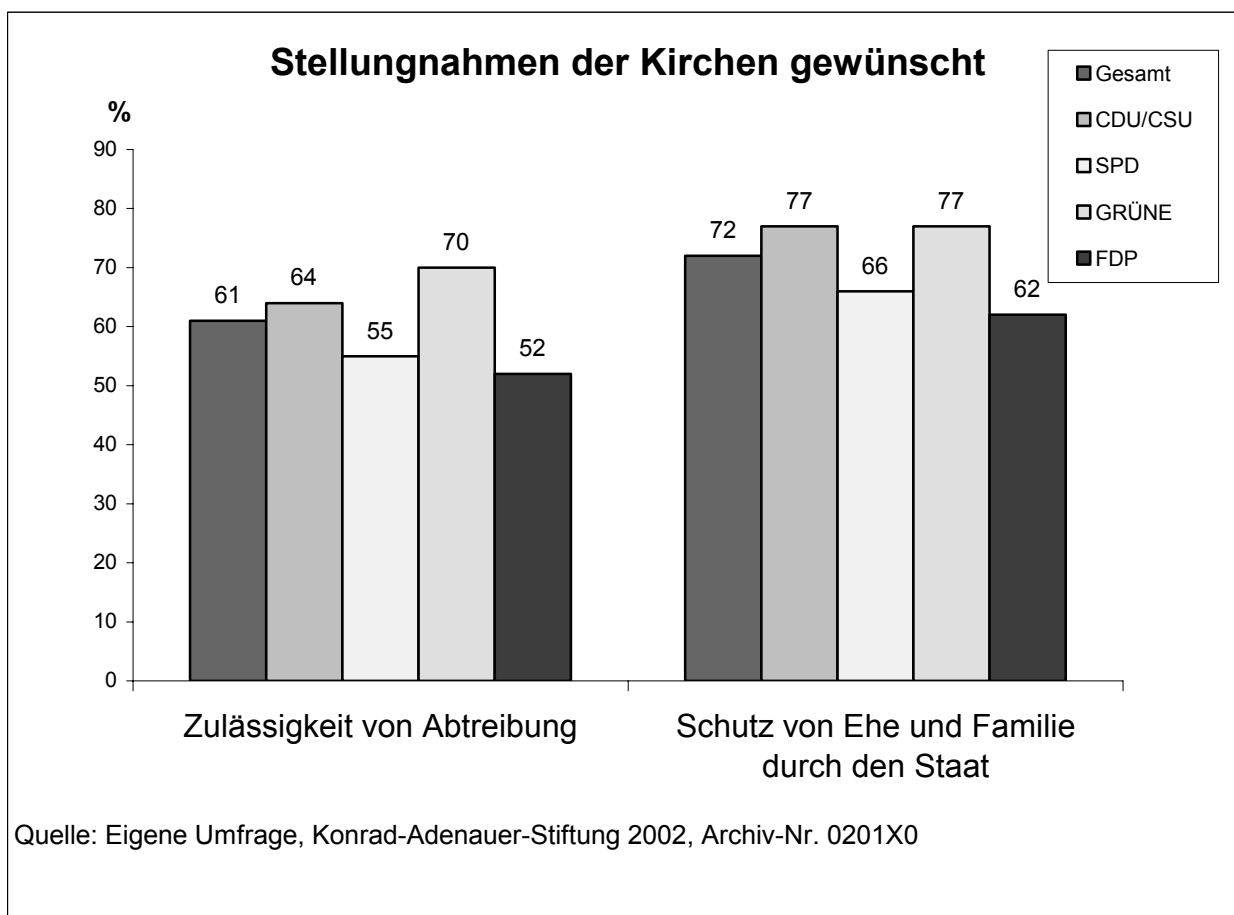
Schaut man auf die christlichen Glaubensinhalte, so liegen die Zahlen für die Unionsanhänger durchweg 7-12 Prozentpunkte über dem Durchschnitt, für die Grünen aber und die SPD zwischen 5-13 Prozentpunkte unter dem Gesamtanteil der Befragten. Das führt natürlich dazu, dass bei einer durchschnittlichen 50-50-Situation SPD- und Grünenanhänger in einer teilweise deutlichen Mehrheit zentrale Glaubenssätze des Christentums nicht mehr teilen.

Bei der Haltung zu den Kirchen ist die Situation nicht mehr so eindeutig, zumindest, was die Grünen angeht. Denn die Anhänger der Grünen entwickeln in Teilbereichen überdurchschnittlich viel Sympathie für die Tätigkeiten der Kirchen.



CDU-Anhänger bezeichnen sich zu 29% als „sehr stark“ oder „stark“ mit der Kirche verbunden, SPD-Anhänger dagegen nur zu 19%, die Grünen entsprechen dem Durchschnitt von 21%. Wenn es aber an die Aufgaben geht, zeigt sich ein bunteres Bild: Unionsanhänger haben eine meist leicht überdurchschnittliche Zustimmung zu den nachgefragten Aufgaben, Grüne äußern sich nicht einheitlich: sie verhalten sich positiv zur Hilfe für Familien in Not, zur Schwangerschaftskonfliktberatung und natürlich zur Entwicklungshilfe, reagieren aber abweisend gegenüber dem kirchlichen Betrieb von Kindergärten (nur 49% Zustimmung gegenüber 64% bei den Unionsanhängern) und von Schulen.

Bei den kirchlichen Stellungnahmen sind die Grünen so richtig in ihrem Element und begrüßen alle möglichen Themen in überdurchschnittlicher Weise. CDU-Anhänger differenzieren und äußern z.B. ihre geringere Akzeptanz von Stellungnahmen zu Wirtschafts- und Sozialfragen bzw. ihre höhere Zustimmung zu kirchlichen Äußerungen zu Ehe und Familie. SPD-Anhänger sind durchweg leicht unterdurchschnittlich positiv eingestellt.



In den Fragen des Staat-Kirche-Verhältnisses sind SPD-Anhänger eher ablehnend zum Religionsunterricht (minus 6 Prozentpunkte zum Durchschnitt), zu öffentlich angebrachten christlichen Symbolen (minus 12 Prozentpunkte) und zum Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes (minus 3 Prozentpunkte vom Durchschnitt). Die CDU/CSU-Anhänger dagegen weisen überdurchschnittliche Zustimmungswerte auf: z. B. meinen mit 68% der Unionsbefragten 14 Prozentpunkte mehr als der allgemeine Durchschnitt, dass in öffentlichen Räumen christliche Symbole angebracht sein sollten. Auch sind 87% der Unionsanhänger vom Religionsunterricht in staatlichen Schulen überzeugt, 5 Prozentpunkte mehr als alle Befragten. SPD-Anhänger sind hier mit 76% reservierter.

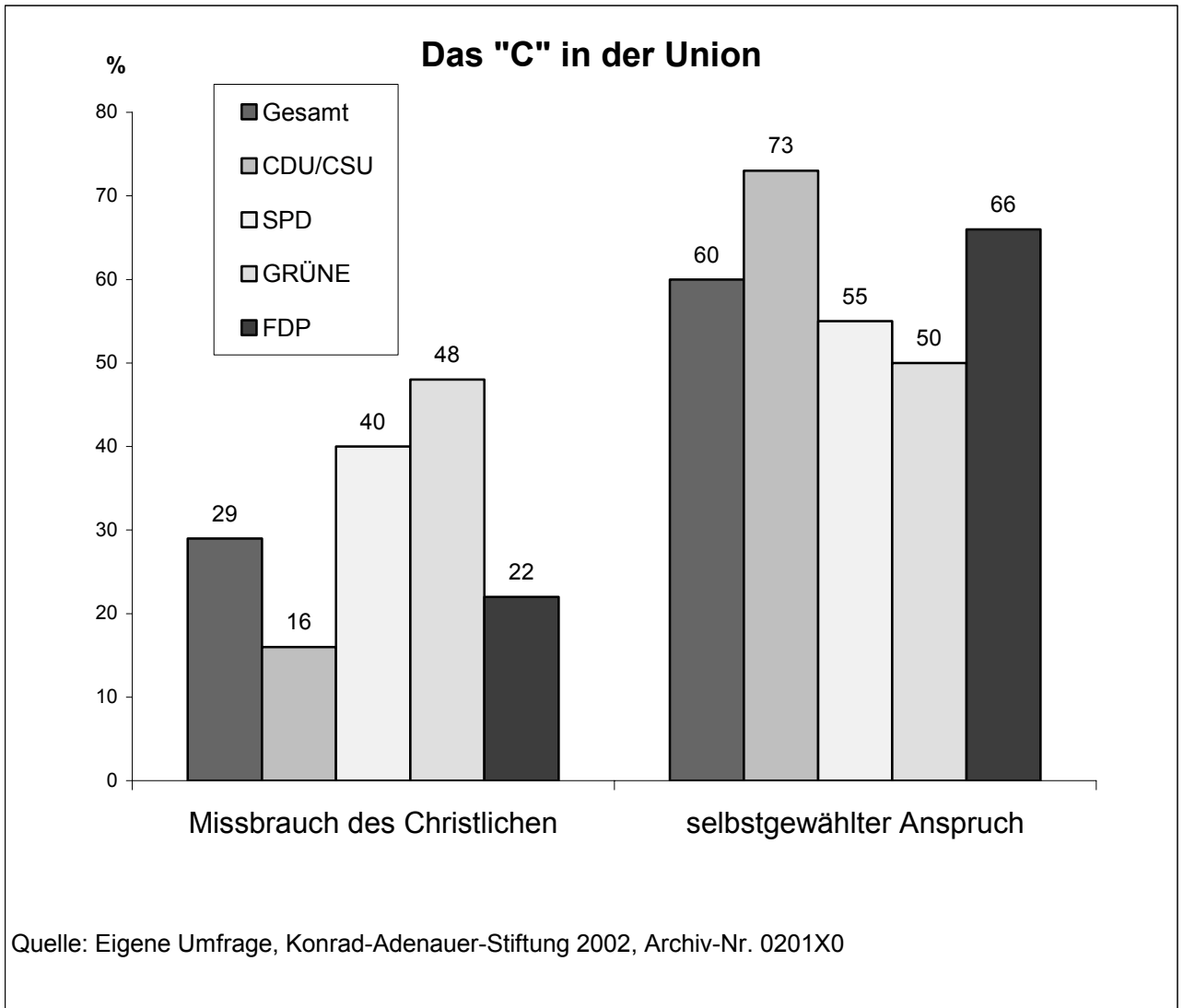
Bei den Fragen zum christlichen Menschenbild setzt sich dieser Trend fort. CDU-Anhänger hegen eine überdurchschnittlich große Zustimmung zu dessen wesentlichen Elementen: 62% sind der Ansicht, dass der Mensch von Gott geschaffen sei (insgesamt: 52%), 61% unterstützen, dass der Mensch vor Gott verantwortlich sei (insgesamt: 51%). Selbst bei der insgesamt am wenigsten vertretenen Ansicht, nämlich, dass keine aktive Sterbehilfe geleistet werden dürfe, stimmen Unionsanhänger überdurchschnittlich zu, allerdings ist die Akzeptanz des Satzes mit 20% immer noch

nicht hoch. Wie oben auch, haben SPD-Anhänger leicht unterdurchschnittliche Werte, Grüne differenzieren und stimmen z.B. verstärkt der Ansicht zu, Gott sei in jedem menschlichen Leben wirksam und erfahrbar (Grüne: 66%, Union: 68%, SPD: 59%). Bei der Sterbehilfe sind die Anhänger der Grünen allerdings sehr reserviert und stimmen dem Verdikt nur zu 11% zu.

Zu 82% sind Unionsanhänger der Meinung, dass christliche Wertvorstellungen in der Zukunft eine wichtigere (36%) bzw. gleich wichtige Rolle (46%) in der Politik spielen sollen. Dazu fallen im Vergleich die FDP-Anhänger mit 58% deutlich ab. Die Grünen-Anhänger erreichen allerdings mit etwas unterschiedlicher Zusammensetzung (34% „wichtigere Rolle“, 48% „gleich wichtige Rolle“) das gleiche Ergebnis wie die Unionsanhänger. Auch in der praktischen Politik urteilen die Anhänger der Grünen, wie zu erwarten war, sehr wertebezogen. 7 Prozentpunkte weniger als der Durchschnitt von 24% der Befragten sind der Meinung, dass Handel mit Folterstaaten getrieben werden dürfe, 6 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt, also 98%, sprechen sich für Entwicklungshilfe aus. Bei der Dilemmafrage (Entwicklungshilfe an Staaten mit Menschenrechtsverletzungen) stimmen die Anhänger der Grünen eher der Entwicklungshilfe zu: 54% meinen, dass auch solche Staaten Entwicklungshilfe bekommen sollten, im Unterschied zu 47% der Unionsanhänger und 50% der SPD-Anhänger.

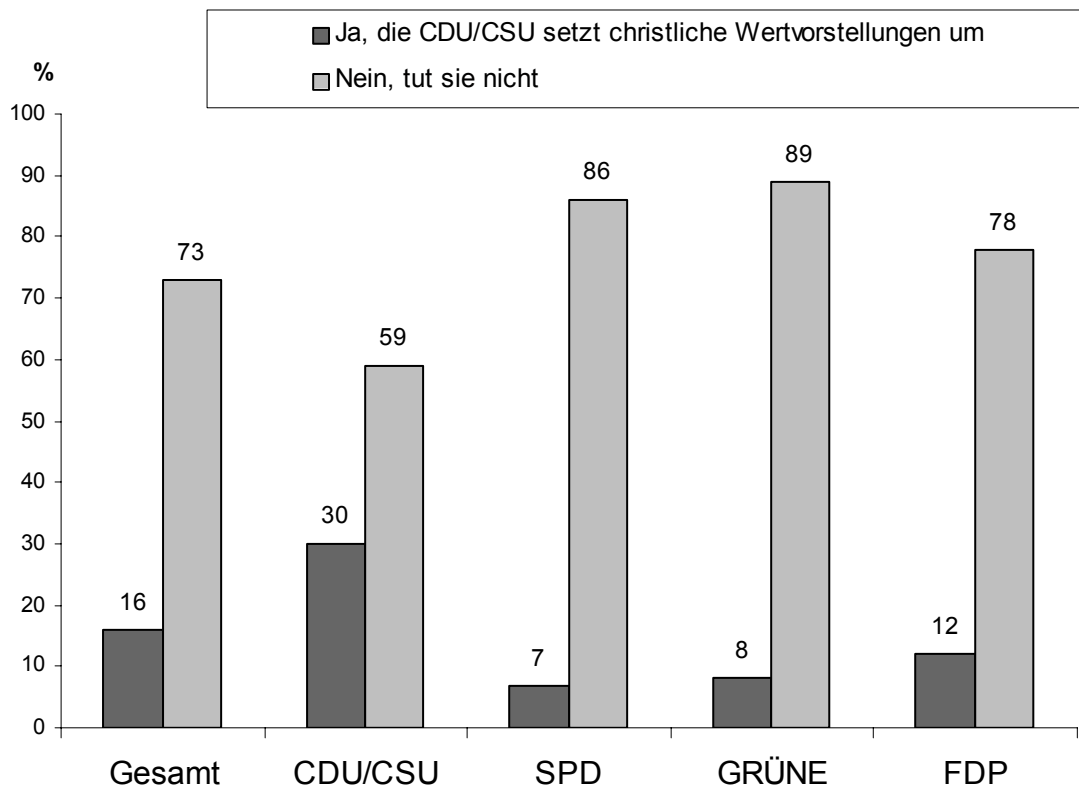
Die Beurteilung der „C“-Frage in der Union ist natürlich Gegenstand der parteipolitischen Auseinandersetzung. Bestimmte Tendenzen sind daher von vorne herein zu erwarten. Interessant ist natürlich, wie die Zustimmung bei den eigenen Anhängern ist und wie weit die Distanzierung vom „C“ bei den anderen geht.

Die Unionsanhänger stimmen zu 45% der Meinung zu, dass die Kirchen stärkeres Gewicht in der Union haben sollen, 49% lehnen dies ab. Die Grünen-Anhänger kritisieren mit 72% diese Meinung noch stärker als die SPD-Anhänger mit 63%. Bei der Frage nach dem Anspruch des „C“ im Parteinamen sind die Unionsanhänger mit 73% Akzeptanz des Anspruchs (16% Ablehnung) stark vertreten, während die kritische Tendenz bei den Grünen mit 48% Unterstützung des Missbrauchsvorwurfs höher ist als bei den SPD-Anhängern mit 40%.



Was die Frage nach der Verwirklichung des Anspruchs angeht, sind 30% der Unionsanhänger der Meinung, der christliche Anspruch würde in der Union verwirklicht, 59% sehen ein Defizit. Die Nicht-Unionsanhänger sind naturgemäß besonders kritisch: 89% der Grünen-Anhänger meinen, dass der Anspruch des „C“ in der Politik der Union nicht verwirklicht sei, 86% der SPD-Anhänger sind der gleichen Meinung.

Umsetzung christlicher Wertvorstellungen durch die CDU/CSU



Quelle: Eigene Umfrage, Konrad-Adenauer-Stiftung 2002, Archiv-Nr. 0201X0

Die Darstellung und Zusammenstellung der Umfragedaten können naturgemäß nur einen ersten Schritt bedeuten, auch wenn diese, wie hier geschehen, einer ersten Kommentierung unterzogen werden. Der nächste Schritt ist dann die eingehende politische Analyse. Dies wird in einer ausführlichen Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung, die in den nächsten Monaten erscheint, geleistet werden.

Autoren

Dr. Johannes Christian Koecke, Religion und Wertorientierung, Konrad-Adenauer-Stiftung

Matthias Sachs, Universität zu Köln